

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Anstreger vierteljährlich 3,90, monatlich 1,30 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßte Beizelle oder deren Raum 60 Pfg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 134.

Donnerstag, den 12. Juni 1919.

26. Jahrg.

Ueberstimmt.

Die Vollstreckung des Todesurteils an Levine hat bei allen Gegnern der Todesstrafe die größte Mißbilligung hervorgerufen. Die Unabhängigen, die in unsere Organisation nichts hineinzureden haben, fordern den Ausschluß der sozialdemokratischen bayerischen Minister. Die Vermutung, daß unsere Genossen im Kabinett von den bürgerlichen Ministern überstimmt wurden, wird jetzt bestätigt. Das war möglich, weil der bayerische Ministerpräsident Genosse Hoffmann in jenen Tagen aus Krankenbett seiner in der Schweiz weilenden Frau gerufen worden war.

Aus München wird darüber berichtet: Die Erschießung Levines, gemäß dem Urteil des Standgerichts, hat einen tiefen Eindruck in fast allen Kreisen der Bevölkerung hinterlassen. Niemand verschließt sich der Ueberzeugung, daß hier nicht ein Schicksal der Gerechtigkeit, sondern ein politischer Vorgang geschah, dessen Folgen noch nicht übersehen werden können.

Zweifelsohne war Levine der intellektuelle Urheber zahlreicher Verbrechen, aber eine Schuld im strafrechtlichen Sinne, die vor Gericht allein in Frage kam, konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Nach ordentlichem Strafgerichtlichen Verfahren hätte ihn nur die Anklage wegen Mordtötung treffen können. Aber im Weisen des standgerichtlichen Verfahrens liegt es nicht, Rechtsbegriffe des allgemeinen Strafrechts einzuhalten, sondern zu urteilen in der Art von Gegenrevolutionstribunalen, wozu denn auch klar denkenden Juristen das in unzureichender Weise begründete Urteil so wenig verständlich erscheint, wie dem Rechtsempfinden des Laien. In dem Prozeß hat eben eine Partei über die andere zu Gericht gesessen. Das wäre vermieden worden, wenn der Forderung unserer Partei entsprochen worden wäre, das Standgericht aufzuheben, zu dessen Weiterbestehen gar keine Veranlassung vorliegt; man müßte denn die militärische Sühnung der kommunistischen Taten als dessen Aufgabe betrachten. Aber abgesehen von allen rechtlichen Bedenken, lenkt schon die Tatsache, daß die Regierung sich die Befehlsgewalt über die Vollstreckung des Urteils vorbehalten hatte, auf das rein politische Gebiet. Konnte oder wollte sie das standgerichtliche Verfahren in München nicht beiseitigen, so bestand für sie keine Veranlassung, gleichsam als Revisionsinstanz zu fungieren. Hatte sie sich aber im Falle Levine dazu entschlossen, so wäre es richtiger gewesen, die Todesstrafe auf dem Gnadenwege in eine längere Freiheitsstrafe umzuwandeln. Das wäre sicherlich geschehen, wenn die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung — von denen einer, der Ministerpräsident Hoffmann, überhaupt in der entscheidenden Sitzung fehlte — nicht von ihren bürgerlichen Kollegen überstimmt worden wären. Diese haben also das Odium des politischen Mordes allein zu tragen, und es liegt im Interesse der Partei und zukünftigen Legendenzerschöpfung, dies öffentlich bekanntzugeben. Soweit darf das Interesse an der Koalition mit dem Bürgertum nicht gehen, daß wir für dessen Fehler die volle Verantwortung übernehmen. In diesem Falle werden die immer und sehr oft mit richtigem Instinkt urteilenden Massen die formale Legitimität der Urteile nicht anerkennen, daß gelungener Hochverrat Recht und mißlungener Verbrechen ist.

Wir brauchen nicht auseinanderzusetzen, wie wenig wir mit den Schwärmgeistern des Kommunismus wie Levine und seiner hierostratischen Gesinnung gemein haben, aber etwas anderes ist es, irrige Meinungen energisch zu bekämpfen, als ihre Vertreter unter Anwendung des Standurteils zu Märtyrern zu stampeln. Wer für sozialistische Ideen den Tod erleidet, ist in den Augen des Volkes immer ein Märtyrer. Wer weiß dies besser als die Sozialdemokratie, deren Opfer des Ausnahmezustandes den Boden zum ersten Ausbruch vorbereiteten? Im politischen Sinne bleibt daher die Hinrichtung Levines eine Torheit ersten Ranges. Wir haben allen Grund, die Verantwortung dafür unter Darlegung der Tatsachen von uns abzuwälzen. Denn die „Links“ von uns stehenden Massen besitzen nun einen neuen Agitationsstoff und in den Reihen der Partei gibt es kaum einen Genossen, der die Münchener Tat auch nur entfernt entschuldigend. Unter dem Zwange einer Stimmung und im Anschluß an die vulgäre bürgerliche Anschauung: „Dem Kerl ist recht geschehen“ besteht die Gefahr eines weiteren Mißgrißs durch ein gleiches Urteil über den Angeklagten Toller. Viele Parteigenossen, und nicht die Schlichsten, haben jedoch noch nicht vergessen, daß die Abschaffung der Todesstrafe eine sozialdemokratische Forderung ist. Hat doch zuletzt der Magdeburger Parteitag von 1910 einstimmig den Antrag Baron angenommen, in eine Propaganda gegen die Todesstrafe einzutreten! Nun laßt auf den sozialdemokratischen Mitgliedern der bayerischen Koalitionsregierung der allerdings unbegründete Verdacht, in dieser Sache bewußt gegen eine wichtige Forderung unseres Programms verstoßen zu haben. Diesen Verdacht zu beseitigen, wie ein zweites Todesurteil gegen Toller zu verhindern, muß jetzt die Aufgabe der Parteipresse wie der Parteiminsten sein!

Soweit die Münchener Zuschrift. Die sozialdemokratischen Mitglieder der bayerischen Regierung hätten für den Fall, daß sie überstimmt wurden, die Verpflichtung gehabt, die Kabinettsfrage zu stellen. Das heißt, daß sie ihren Rücktritt androhten, falls dem bürgerlichen Votum entsprechend das Urteil vollstreckt werden würde. Ohne Zweifel würden die Vertreter der bürgerlichen Parteien dann doch gezögert haben, die Wirkung der Schüsse wie die Last der Regierung allein zu tragen und die Salbe auf den Wunden wäre zunächst aufgeschoben, schließlich sicherlich vermiendet worden sein. Das ist nicht geschehen und darin besteht die Schuld der sozialdemokratischen Kabinettmitglieder Bayerns.

Von dieser Schuld kann keine noch so warme Verteidigung sie freisprechen. Jene Genossen haben mit ihrer Unterlassung der Menschlichkeit einen bösen Dienst erwiesen und der Partei eine schwere Bürde aufgeladen.

Der bayerische Ministerpräsident Hoffmann hat aus seinem Aufenthaltort in der Schweiz an den Aktionsausschuß der Unabhängigen in München gedruckt, daß er das Telegramm um Aufschub der Urteilsvollstreckung an Levine erst am 6. erhalten habe, daß er sofort wegen Aufschub bis nach seiner Rückkehr telegraphiert, aber daß beide Telegramme zu spät gekommen seien.

Auch Haase hatte sofort, nachdem er erfuhr, daß der Anklagevertreter in München die Todesstrafe an Levine beantragt hatte, telegraphisch an die bayerische und die Reichsregierung gegen die Vollstreckung protestiert.

Der Friedensvertrag

resp. die Antwort auf unsere Einwendungen gegen ihn wird uns in Kürze wieder überreicht werden. Es ist schon duzendmal gesagt, daß wir Zuminungen nicht aufheben können, die jedem Gerechtigkeitsgefühl Hohn sprechen. Selbst Wilson läßt in der Presse erklären, er habe niemals behauptet, daß die Friedensbedingungen mit seinen 14 Punkten übereinstimmen. Der Mann gibt also selbst zu, daß er mit seiner Ansicht nicht durchgedrungen ist und daß nicht Gerechtigkeit sondern Rache die Triebfeder des gegnerischen Handelns ist. Die Unabhängigen haben zwar stets behauptet und Adolf Hoffmann prophezeite noch im alten preußischen Abgeordnetenhauses, ein demokratisches Deutschland hätte in aller Welt Freunde und einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu erwarten, nicht wie ihn Deutschland Rußland aufgedrungen habe.

Wie die Tatsachen ergeben, ist das Gegenteil eingetreten. Wir sind schmerzhaft enttäuscht und auch Oesterreich mündel sich in Schmerzen. Es hat durch den Staatssekretär Genossen Kemner eine Note an Clemenceau gerichtet, in der es sich gegen die Verheimlichung mit allen Händen der Menschlichkeit und der harten Tatsachen wehrt. Unsere Regierung die Schuld aufzubürden, wie es die Unabhängigen in demagogischer Weise tun, ist deshalb nur darauf berechnet, Dumme einzulullen. Die Wiener Arbeiterzeitung, der man gewiß keine Sympathie für Ebert-Scheidemann nachsagen kann, schreibt z. B. Wir waren im alten Oesterreich ein Volk von fast zehn Millionen Menschen; durch den Vertrag wird Deutschösterreich „ein Staat von etwa sechs Millionen Einwohnern“. Mehr braucht man nicht zu hören, um zu wissen, daß der „Vertrag“ Deutschösterreich juchtbares, geschäftiges Unrecht antut. Alles, alles haben sie uns genommen, was nur zu nehmen war; an allen Grenzen, gegen die Tschechoslowakei, gegen die Südslawen, gegen Italien haben sie deutsches Gebiet geraubt und es den Habgierigen, die sich nicht scheuen, fremdes Gut zu hegehren, zur Beute hingeworfen. So bar jeder Gerechtigkeit ist der Ententevertrag, daß er uns sogar ein erleuchtetes Stück Niederösterreich entzieht und es den Tschechen zuschiebt. ... Sie haben sich über das ohnmächtige Deutschösterreich hergemacht und das lebendige Fleisch ihrer vom Leibe gerissenen, ohne Scham, ohne Mitleid, ohne Erbarmen! Niemand auch nur ein Hauch des Mitleids für dieses arme, zerstückelte, gequälte Volk für diesen neuen Staat, der sich unter entsetzlichen Mißsagen aus den Trümmern der zusammengebrochenen Militärmokratie seinen Vorkrieg zu nehmen sucht. Diese Grenzen sind Punkt für Punkt eine Verhöhnung und Verleugnung seiner Grundzüge, die Wilson der Welt als Evangelium verkündet hat und auf Grund derer sich die Entente zum Frieden verpflichtete.

Wer fährt von den Deutsch-Oesterreichern nach St. Germain als „Unterhändler“, um den Friedensvertrag in Empfang zu nehmen, der dem Verfallener Friedensvertrag gleichet wie ein Ei dem anderen. Die Männer, die in Oesterreich an der Regierung sitzen, sind aber nicht Scheidemannner. Ihr Führer ist Otto Bauer, der etwas links von Rautschky steht, ihr marantester Vertreter Friedrich Adler, der den Grafen Stürgß erschoss. Die österreichischen Sozialisten haben niemals Kriegstreibere bewilligt und den Kampf gegen die habsburgische Regierung mindestens so lange und so energisch geführt, wie die Unabhängigen ihren Kampf gegen die Hofensallern. Die Deutsch-Oesterreicher haben keine Rossegarden aufgestellt, da dort die Partei nicht gespalten ist, sondern haben noch heute nur die revolutionären Sicherheitsmänner, die sie in den Tagen der Revolution aufgestellt haben. Schließlich haben diese deutschösterreichischen Sozialisten auch die Kriegsschuld in vollem Um-

fange ihrem alten Regime beigegeben, so sehr, daß sie sogar behaupten, aus den Wiener Akten beweisen zu können, daß Deutschland nicht schuld am Kriege sei, weil eben Oesterreich und Ungarn allein schuldig wären. Troz alledem hat man ihnen nicht im geringsten mildere Friedensbedingungen geboten, als der Regierung Ebert-Scheidemann-Koste.

Den unabhängigen Propheten schwimmen die Zelle weg wie den betäubten Lohgerbern. Ihre Kriegs- und Friedenspolitik bleibt nichts als eine endlose Zahl von „Zwängen“, wie es die eigenen, einseitigen Führer schon heute jagen.

Ein ungarisches Friedensangebot.

Die ungarische Räterepublik verbreitet einen Junkspruch, in dem sie zum Zweck der Kriegsoperationen sowie zur Erledigung der mit der Militärkonvention vom 13. November zusammenhängenden Fragen, ferner zur provisorischen Lösung der wirtschaftlichen Fragen eine Zusammenkunft von Vertretern Tschechoslowakiens, Rumäniens und Jugoslawiens unter dem Vorhiss eines Vertreters der alliierten Staaten in Wien vorschlägt. Die Regierung der ungarischen Räterepublik sei zu allem bereit, was den ersehnten baldigen Frieden zwischen den Völkern sowie die gegenseitige Verständigung fördere und dem Blutergießen ein für alle Mal ein Ende mache.

Volksabstimmung in Oberschlesien.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß der Vierterat beschlossen hat, in den strittigen Gebieten Oberschlesiens und Ostpreuzens eine Volksabstimmung abzuhalten.

Die internationale Aktion.

In der Versammlung der Gewerkschafter der französischen Eisenbahner wurde eine Entschickung angenommen, die sich mit der Revolution in Rußland, Ungarn und Deutschland alsdärlich erklärt. Die Confédération du Travail erläßt ein Programm, in dem die Amnestie, die Demobilisierung, das Aufheben jeglicher militärischer Intervention im Auslande und der Abschluß eines schnellen und dauernden Friedens gefordert wird. Der Generallstreik der Bergleute und der Seeleute ist auf den 16. Juli (!) festgesetzt. Die Kartellverbände erklären, der allgemeinen Lage könne nur durch eine nationale und internationale Aktion gesteuert werden. Zu diesem Zwecke wird eine Zusammenkunft der französischen, englischen und italienischen Gewerkschaftsorganisationen auf den 14. Juni angekielt. Eine Tagesordnung protestiert gegen die Mädelnheiten der Streikbrecher, gegen die Presse und verlangt von der Regierung sofortige Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelnot.

Das Reutersche Bureau meldet, daß in Maila wegen der dort herrschenden Erwerbslosigkeit Unruhen stattfanden. Es sind auch Verluste von Menschenleben zu verzeichnen.

Ueber die bereits bekannte Meuterei des französischen Infanterieregiments in Toulouse erzählt das „Vener Tagesblatt“ von zuverlässiger Seite, daß es sich um das in Toulouse stehende Infanterieregiment 283 gehandelt hat, das mit roten Fahnen die Straßen durchzog unter den Rufen: Nieder mit Clemenceau! Nieder mit dem Krieg! und sich weigerte, weiter Kriegsdienste zu tun. Ein anderes Infanterieregiment, dem von Armeekommando die Entlassung der Meuterei anbefohlen wurde, weigerte sich, dem Befehl nachzukommen, jedoch zur Unterdrückung der Revolte die reitenden Jäger von Montauban herbeigerufen werden mußten.

Troz aller Zugeständnisse der italienischen Regierung hat ein Lehrestreik eingesetzt und sich besonders über Mailand und Bologna und Genua ausgedehnt. — In Savona und Qucca streiken die Telefonangestellten. Der Bewegung schließen sich teilweise auch die höheren Beamten an. Weiter droht ein Streik des Personals der Postagenturen. Aus dem ganzen Lande wird eine Verschärfung der Lage gemeldet. Nach dem „Avanti“ ist man vom Generallstreik nicht mehr weit entfernt. Besonders schwer scheinen die Zustände in Verona zu sein, wo die Zensur alle Berichte aus der Stadt unterdrückt. In Varese kam es zu einem Straßenkampf. — In Mailand streiken sämtliche Metallarbeiter. Die Arbeiter der großen Räderwerke, die 7000 Leute beschäftigen, sind bereits in den Ausstand getreten.

Der Pariser Korrespondent der „Daily News“ meldet seinem Blatt, er habe erfahren, daß die italienischen Sozialisten ganz offen davon sprechen, daß sie nicht nur die jetzige Regierung, sondern auch das jetzige Regierungssystem beseitigen wollen. Sie stehen mit Bela Kun in Fühlung, dieser wiederum steht in ständiger Fühlung mit Lenin. Italien hält noch immer 1½ Millionen Mann unter den Waffen zurück, weil es sich weigert, zu demobilisieren. Der Generallstreik in Neapel nimmt an Ausdehnung zu.

Politische Rundschau

Deutschland.

Ein deutscher Sozialistentag

wird vom 21. bis 23. Juni im ehemaligen Herrenhaus in Berlin tagen. Er beginnt die Einigungsbestrebungen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die politische Notwendigkeit der Einigung. Referenten: Cohen-Reuch, Ströbel. 2. Die Auslands-

politik. Referent: Eduard Bernstein. 2. Das Rüstsystem. Referent: Rakiski, Däumig. 4. Der Einheitsweg. Referent: Dr. Joellohn, Wegmann. Es sollen nur solche Delegierte erscheinen, die die Grundzüge des Erfurter Programms als politische Richtlinie anerkennen und mit dem Mandat beauftragt sind, für die Schaffung der Einheitsfront des Proletariats im politischen und organisatorischen Sinne zu wirken.

Zu dem Einigungskongress bemerkt die „Freiheit“: „Die Parzellierung der Unabhängigen Sozialdemokratie hat bereits erklärt, daß unsere Partei mit der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie nichts zu tun hat. Nicht durch künstliche Einigungsversuche, sondern lediglich aus der Erkenntnis der Massen selbst kann ein wirksamer Bund aller Proletarier entstehen.“

Mit andern Worten also: Die Leitung der U. S. V. lehnt es ab, sich an den Einigungsbestrebungen zu beteiligen.

Reim Verhandlungstag
der sozialistischen Lehrer- und Lehrerinnen-Vereinigungen
Deutschlands und Österreichs

In Berlin sprach nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden Rudolf Reuter im Auftrag des Ministers. Was er über bevorstehende Maßnahmen ankündigte, dürfte das Wichtigste aus den Besprechungen gewesen sein. Die Kündigung aller geistlichen Kreis- und Schulinspektoren steht unmittelbar bevor. Die Schulaufsicht soll nur von wirklichen Fachleuten geleitet werden. Ein weiterer Erlaß wird den Konfirmationsunterricht regeln. Der Schulleitung wird ein ständiger Beirat in Schulsachen zur Seite gestellt. Auch eine Reichsschulkonferenz ist in Aussicht genommen. Um die Regierungen und Provinzial-Schulkollegien neu zu beleben, wird diesen Behörden je ein Vertreter aus der Lehrerschaft beigegeben werden. Eine Bitte auf Vertrauen für den Minister schloß diese Begrüßung.

Mit dem Eintritt in die Tagesordnung ergoß sich die Fülle der Meinungen über die Versammlung. Stimmberechtigt waren nur die etwa 40 Delegierten aus allen Gauen des Reichs. Die Zusammenfassung zu einem zentralen Verhandlung wurde beschlossen. Ob die Sektionen endgültig oder bloß provisorisch sein sollten, wurde viel umstritten. Eine neue Sitzung wurde für Herbst oder Sommer in Aussicht genommen.

Das Volk von Schiebern und Hehlern.

Sehr an den Fuchs mit den sauren Trauben erinnert Herr Heinrich Claas, der Vorsitzende des Alideutschen Verbandes, in seiner Pfingstbetrachtung, die er in den „Alideutschen Blättern“ anstellt. Nachdem Herr Claas vier Jahre lang vom deutschen Jesuitenerziehungssystem gequält hat, findet er schließlich die Niederlage, die Deutschland erlitten hat, sehr nützlich und gut. Er schreibt:

Heute aber fragen wir: was wäre geschehen, wenn dieses selbe Volk der Heimat, das kälterzig unser wunderbares Heer sich offen ließ, gesiegt hätte! Was wäre geschehen, wenn dies Volk, das einem Bethmann-Hollweg folgte, das Mar von Eden und Solz ertrog, das heute noch Scheidemann und Erzberger nachläßt, das sich unter jüdische Form und Scham gehalten hat und die echten Helden dieses Krieges bestempeln läßt — was wäre geschehen, wenn dieses selbe Volk den Endkrieg gewonnen hätte!

Wie wäre es geworden, wenn diesem Volk von Schiebern, Hehlern, Wucherern der Sieg, dessen es unwürdig war, in den Schoß gefallen wäre!

So zulehentlich das Heute ist — wem graut nicht vor dem, was der für die Heimat unerbittliche Sieg unserm Volk gebracht hätte!

Das bedeutet: Nachdem Deutschland republikanisch geworden ist und sich von den politischen Ansichten der Alideutschen losgesagt hat, gönnen ihm die Claas und Genossen vom ganzen Herzen und mit edler Schadenfreude die Niederlage, in die sie selbst das Volk hineingeht haben. Das sind die Leute, die sich die „wahrhaft Deutschen“ nennen! Auch, es eckt einem vor dieser Gesellschaft, die hauptsächlich auch in ihrem agrarischen Anhang einen großen Prozentsatz an Wucherern und Schiebern stellt.

Die Verantwortlichkeit am Kriege.

Ein deutsches Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber am Kriege ist soeben im Druck erschienen. Es enthält die Reden des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 7. und 13. Mai 1919, die Note Clemenceaus vom 20. Mai und die Antwortnote des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 24. Mai, den Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen über die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, und die aufzuerlegenden Strafen sowie Bemerkungen von deutscher Seite zu diesem Bericht. Ferner bringt es in 11 Anlagen mit zahlreichen Unterlagen eine große Reihe von Dokumenten über den Ausbruch des Krieges.

Wiedereinsetzung des Braunschweiger Arbeiterrats.

Zwischen den Regierungen in Berlin und Braunschweig ist jetzt auch in der Frage des Landesarbeiterrates eine Einigung erzielt worden. Im Landtag wurde ein entsprechendes Schreiben des Ministerpräsidenten Scheidemann durch die Braunschweiger Regierung beantwortet. Nach der seitens der Braunschweiger Regierung der Reichsregierung gegebenen Zusicherung, daß der Landesarbeiterrat die Reichsregierung beauftragt wird, und daß nach dem Zustandekommen der Reichsverfassung die maßgebenden Bestimmungen der Reichsverfassung über die Zusammenlegung und die Befugnisse der Arbeiterräte auch im Braunschweig durchgeführt werden, will Scheidemann namens der Reichsregierung dem Zusammenschluß des Landesarbeiterrates nicht entgegenstehen.

Italien.

Die Streikbewegung. Dem „Secolo“ zufolge dauert der Streik in Neapel an und hat sich noch auf weitere Arbeitszweige ausgedehnt. Der in Genoa von den Seelenten mit Gewalt an der Ausfahrt gehobene Dampfer „Fedora“, der Munition nach Rußland zur Bekämpfung der Bolschewisten befördern sollte, ist auf Anordnung des Transportministers nach Gibraltar zur Lösung der Ladung dirigiert worden. Dem Verhandlung der Seelenten ist von der Regierung ausdrücklich versprochen worden, daß das Schiff nicht mehr zum Transport von Truppen und Kriegsmaterial nach Rußland verwendet werden soll. Der für den 11. Juni angekündigte Generalkrieg der italienischen Seeherrschaft konnte in letzter Stunde verhindert werden, da der Unterrichtsminister und der Staatsminister die Forderungen, die eine Mehransgabe von über 40 Millionen Pfund Sterling ausmachen, bewilligt haben.

Lebensmittelmarkt. Der Verband der italienischen Sozialisten hat kürzlich auf die Lebensmittelmarkt ein dringendes Schreiben an die Regierung, alle bei der Verteilung von Lebensmitteln zu berücksichtigenden Lebensmittelverträge zu revidieren und sofort den Rücktritt auf die Kosten, zu billigen Preisen auf den Markt zu bringen, um die Preise zu stabilisieren.

Frankreich.

Zu der Vorlage über den 8-Stunden-Tag im Bergbau wird noch nachgetragen: Als die Kammer die Vorlage in bloc annehmen wollte, erklärte Loucheur, daß dadurch, daß die Einfahrt und Ausfahrt und die Mittagspause einbegriffen seien, die tatsächliche Arbeitszeit nur 7 Stunden betragen würde. In der Förderung würde ein ungeheurer Ausfall entstehen. Die Regierung set nicht in der Lage, diese Vorlage anzunehmen. Er bitte, die Vorlage an den Ausschuß zurückzuverweisen und eine zweite Lesung vornehmen zu lassen. Nach länger Debatte, in welcher sozialistische Deputierte und der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses den Antrag Loucheurs bekämpften, beschloß die Kammer mit 351 gegen 133 Stimmen, für heute die zweite Lesung anzufehen.

Die Vertrauensfrage Clemenceaus. Bei der Besprechung einer Interpellation über Hausjudungen im Nationalamt der Presse und beim Direktor des Matin kam die Drückebergerei und Beihilfe dazu zur Sprache. Man versuchte, den Fall so durchzugehen zu lassen, wogegen die Sozialisten widersprachen. Die Stimmung der Kammer schien so kritisch erregt, daß Clemenceau es für nötig hielt, persönlich in die Debatte einzutreten und die Vertrauensfrage zu stellen. Er erklärte, er halte sich und sein ganzes Kabinett für solidarisch mit Agnace, dem Unterstaatssekretär der Militärgeschichte. Spreche man diesem Mißtrauen aus, werde das ganze Kabinett zurücktreten. Unter großer Erregung wurde zur Abstimmung geschritten, die 276 für die Regierung und 137 gegen die Regierung ergab. Ungefähr 120 Deputierte enthielten sich der Abstimmung.

Holland.

Friedensprotest. Die Vorstände der niederländischen sozialistischen Arbeiterpartei und der niederländischen Gewerkschaftsvereinigungen haben beschlossen, die Arbeiter von Amsterdam zu einer großen, am Montag dem 16. Juni in der Diamantendorge stattfindenden Protestversammlung gegen den drohenden Gewaltfrieden aufzurufen.

England.

Unruhen unter Truppen und Marinern. „Daily Herald“ meldet, daß die englischen Truppen, die am 7. Juni in Plymouth ausgeladet wurden, nach einem Ruhequartier geschickt werden sollten, anstatt nach den Demobilisierungsdepots, und daß sie sich entschieden weigerten, in die Züge einzusteigen. Schließlich habe das Kriegsamt dem Wunsche der Truppen nachgegeben, sie nach den Demobilisierungszentren bringen zu lassen.

Daily News bringt eine Reutersmeldung, wonach auf dem britischen Kreuzer Australia vor seiner Abreise aus Fremantle ernste Unruhen unter der Schiffsbesatzung stattgefunden haben. Die Mannschaft verlangte, daß die Abreise des Kreuzers verschoben werde. Da der Kapitän dieser Forderung nicht stattgab, weigerten sich die Matrosen, Dampf aufzumachen, so daß diese Arbeit von den Unteroffizieren ausgeführt werden mußte. Als das Schiff nach einigen Stunden die hohe See erreicht hatte, las der Kapitän der Mannschaft die Kriegsartikel über Meuterei und Ungehorsam vor. Erst dann kehrten die Matrosen auf ihren Posten zurück. Etwa 50 Mann wurden verhaftet; jedes Matrosen erhielt strengen Arrest und werden wahrscheinlich in Sydney vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Amerika.

Telegraphistenstreik. Reuters meldet aus New York, daß ein das ganze Land umfassender Streik der Telegraphisten für heute angelegt worden ist, um die Aufmerksamkeit Wilsons dadurch zu erregen, daß sein täglicher Kabeldienst unterbrochen wird.

Kleine politische Nachrichten.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß die belgischen Truppen am heutigen Donnerstag Malmédj besetzen werden.

Die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesparlamentarier fragt an, ob der Staatsregierung bekannt sei, daß Staatsangehörige der Schweiz fast sämtliche Molkereien und Käseereien in Ost- und Westpreußen gekauft haben.

Die Tagung der Nationalversammlung, die sich voraussichtlich unmittelbar an den sozialdemokratischen Parteitag anschließt, wird zum Sonntag oder Montag erwartet, sobald die Antwort des Buerates eingegangen ist.

Das Ergebnis der Nationalwahlen.

Nach dem endgültigen Ergebnis der Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung betrug die Zahl der Wahlberechtigten auf Grund des neuen erweiterten Wahlrechts rund 37 Millionen gegen rund 14 Millionen nach dem bisherigen Reichstagswahlrecht. Von den Wahlberechtigten waren 46 v. H. Männer und 54 v. H. Frauen. Von den Männern waren 85,8 v. H. über 25 Jahre, von den Frauen 83,4. Von den zwanzigjährigen überwogen die Frauen im Verhältnis von 126,8 : 100, bei den einundzwanzig- bis fünfjüngzwanzigjährigen 140,5 : 100, bei den über 25jährigen 114,3 : 100. Die Wahlbeteiligung war etwas geringer als bei der letzten Reichstagswahl, sie betrug nur 33,0 v. H. gegen 34,7 v. H. im Jahre 1912. Von den zwanzigjährigen Männern stimmten nur 59,6 v. H., von den Frauen dagegen 80,5 v. H. ab, von den einundzwanzig- bis fünfjüngzwanzigjährigen Männern 70,5 v. H., von den Frauen 80,9 v. H. Umgekehrt ist das Verhältnis bei den mehr als 25jährigen: 84,8 Männer und nur 82,6 v. H. Frauen.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 37,9 v. H. auf die Wahlvor schläge der Sozialdemokratischen Partei, 19,7 v. H. auf die der Christlichen Volkspartei, 16,5 v. H. auf die der Deutschen Demokratischen Partei, 10,3 v. H. auf die der Deutschen Nationalen Volkspartei, 7,6 v. H. auf die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, 4,4 v. H. auf die der Deutschen Volkspartei und 1,6 auf die der sonstigen Parteien. Wäre das Ergebnis der Verhältniswahl für das Reich als Ganzes durchgeführt worden, so würden auf die Parteien in der gleichen Reihenfolge entfallen sein: 162 — 84 — 79 — 48 — 32 — 18 und 3 Abgeordnete. Es hätten dann weniger erhalten: Die Sozialdemokratische Partei, die Deutsche Nationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei je 1 Abgeordnete, die Christliche Volkspartei 7 Abgeordnete und die sonstigen Parteien 4 Abgeordnete, dagegen hätten die Deutsche Demokratische Partei 4 und die Unabhängige 10 Abgeordnete mehr erhalten.

Daran sind sie aber selbst schuld. Wären sie mit uns Listenverbindung eingegangen — so geht es ja auch den Demokraten — würden die Verbände, die Rechte und Zentrum zu viel erhalten haben, der Linken gefallen sein. Zum Spezialfall machen reicht aber auch die jetzige Zahl der Unabhängigen. Und wenn sie parier werden, müssen sie zu ständiger Politik zurück schreiten helfen.

Dann stehen sie vor denselben Widerständen, wie wir. Der Arch mit ihren eigenen Mitgliedern wird ihnen früh genug noch unheimlich werden.

Mus Lübed und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 12. Juni.

Siber des Elends.

Ein scharfer kalter Frühlingsmorgen ist es. Vom Flußufer mocht eine scharfe Brise. Növen kreischen und streiten sich um Abfälle. Die Sonne steigt höher. Passanten gehen ihrem Berufe oder ihrer Beschäftigung nach. Jeder bewegt sich der ungemütlichen Luft halber in schärferer Gangart. Auch ich schreite leichtig aus, obwohl mich ein wärmender Paletot schützt. Zwar ist die schmale Kriegsstadt nicht für Gewalttätische wie im Felde angetan, der schlecht ernährte Körper friert eben eher wie in den goldenen Friedensjahren. In der mit Linden beplanten Straße sehe ich kleine unförmliche nicht genau erkennbare Gestalten an den Baumstumpfen schrecklich vorwärts bewegen. Doch was ist das? Das Herz kloht mir. Es sind zwei Kinder. Die Augen werden feucht. Es ist fast nicht möglich und doch ist es so. Zwei kleine Knaben von 7—8 Jahren sind es. Vermuthlich gekleidet, keine Unterhose und Mähe, so trotzen sie einher. Braune Gesichtsfarbe, blaue Lippen, eingefallene Wangen. Ein Gesicht wie wenn schon unter der Erde gelegen. Der zitternde kleine Körper gekrümmt vor Kälte, so schleichen sie ineinander verschlungen und betnahe schlafend, ganz langsam vorwärts. Nichts um sie herum, weder Kinder noch Passanten, kümmert die beiden Wesen. Die Arme durcheinandergesteckt, Kopf an Kopf aneinander geschmiegt, gehen die jungen Blüten der Menschheit, den Todesfeim in sich tragend, nach der Schule. Die wenigen Bücher mechanisch unterm Arme gepreßt. Hunger steht in ihrem Gesichte mit großen Letzern geschrieben. Ohne ein Stückchen Brotzinde und etwas Warmes, sind die beiden frierend auf dem Wege zur Schule. Die Mutter ist in aller Frühe zur Arbeit, jagend und hastend, der Vater noch im Felde oder in kühler Erde. So sind sie sich selbst überlassen. Mit hungrigem Magen zu Bett und beim Schlafgange daselbe noch einmal. Was soll das werden? Die beiden gehen weiter, ohne sich um jemand zu kümmern. Hunger, Schlaf und Müdigkeit hat die Kleinen gepackt. Ein entsetzliches Bild menschlichen Elends! O, Vermürfter Krieg, was hast du angerichtet! Diese unschuldigen Kinder müssen dir zum Opfer fallen. Das stand auf den schmalen todesschlaffen Gesichtern geschrieben. Ich habe es dort herangezogen. Bis an die Höhe habe ich das jeder Kultur entbehrende Bild beobachtet. In der Schule Anlauf zum Lernen und Schlichtheit vor Schamde, was wird das Endresultat sein? Kein noch so interessantes Thema wird die beiden Knaben hochrichten. Keine liebende Mutter wird sie in Empfang nehmen mit einem Stückchen Brot, denn sie hat selber keines und schmachtet. Aus der Kriegsstadt wird geschickt werden. Wo bleibt das heranwachsende Geschlecht? In 20 bis 30 Jahren kämpfen die beiden kleinen Wuben vielleicht als Mannern für nichts, u mas Kapital zu retten und sterben den sogenannten Heldentod für einen nicht zustande gekommenen Völkerring. Der grausame, die Gedärme zernagende Hunger erbarmt sich aber vielleicht noch eher. Nie werde ich dies Bild vergessen; es verläßt mich nirgends und tritt öfters ganz unverhofft mit vor Augen, um zu sagen: „Hier bin ich, hier mich an, schaffe Brot, bring unjere Water und eine liebende Mutter!“ Meine Schritte lenken ins Straßengewühl um das Gesehene zu vergessen. Keine Macht konnte es aber bis jetzt. Wie in Flammenschritt an der Wand steht das Wort: „Hunger!“

Zur Arbeitseinstellung

am morgigen Freitag fordert ein Flugblatt der kommunistischen Partei (Spartakusbund) auf, das hier gestern Abend auf den Straßen, in den elektrischen Bahnen usw. verbreitet wurde. Natürlich geht es dabei nicht ohne das widerwärtige Geschimpfe auf unsere Genossen Ebert und Scheidemann ab, von denen es gleich heißt: „Das Wasser, in das die Gegenrevolutionäre, die Ebert-Scheidemann und ihre Hintermänner, ihre Hände verenkeln wollten, hat die Leiche Rosa Luxemburg wiedergegeben. Die Ebert-Scheidemann haben die Würder freigesprochen und entlassen lassen; das Wasser aber bringt ihr Opfer und die Zeugin ihrer Verbrechen jutage.“ Wer sich der Vorgänge in Berlin erinnert, deren Opfer Frau Luxemburg wurde, der weiß, daß nicht unsere Genossen, sondern gerade die spartakistischen Putzschleifen die tief bella-genswerten Blutstatten in letzter Linie auf dem Gewissen haben. Sie sind deshalb die letzten, welche das Recht für sich in Anspruch nehmen können, Ebert-Scheidemann damit in Zusammenhang zu bringen. Die verständige, klar denkende Arbeitererschaft wird sich durch solche offenkundige Verleumdungen nicht irre machen lassen. Es bedarf wohl ferner nicht des besondern Hinweises, daß Arbeitseinstellungen nur dann erfolgen dürfen, wenn sich die Arbeiter selbst darüber beraten und sie durch ihre Organisationen beschließen haben. Wilde Streiks, wie sie der Spartakusbund in seinem Flugblatt propagiert, bringen nur Verwirrung und sind deshalb zu verwerfen. Welche unübersehbaren Folgen könnte es wohl haben, wenn beispielsweise die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke feien würden. Die Arbeiter der Kommunisten geht einfach dahin, die Bestattung Rosa Luxemburgs zu einer Aktion gegen unsere Genossen Ebert-Scheidemann und unserer Partei zu benutzen. Das muß, zur Warnung, mit aller Deutlichkeit festgestellt werden.

Für den Abbau der Preise der Lebensbedürfnisse. Folgende Eingabe hat der Arbeiterausschuß des Drägerwerkes an die Bürgerchaft, den Bund der Arbeitgeber, das Gewerkschaftsamt und den Arbeiterrat gerichtet:

„Der Arbeiterrat des Drägerwerkes erhebt entschieden Protest gegen die unerhörten Preise sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Er erwartet von der Lübecker Volksvertretung und vom Bund der Arbeitgeber, daß endlich einmal Schritte unternommen werden, um die Preise abzubauen. Die Arbeiterschaft Lübeds ist sich darin einig, daß die fortwährenden Lohnforderungen weder im Interesse der Arbeiter, noch im Interesse der Allgemeinheit liegen. Wenn wir wieder zu gesunden Verhältnissen kommen wollen, so ist es durchaus notwendig, daß die Regierungen sämtlicher Bundesstaaten ernsthafte Schritte unternehmen, um den Wucher auf allen Gebieten zu bekämpfen.“

Einer baldigen Antwort entgegensehend zeichnet hochachtungsvoll Der Arbeiterrat des Drägerwerkes, J. A. S. Mundt.

Eine Frauendemonstration fand heute normittag statt. Die Frauen gingen zu den verschiedenen Umkleekassen und fordereten eine Verbesserung in den Ernährungsverhältnissen. Insbesondere bezogte sie sich über die ungenügende Fischzufuhr und über die zu geringe Fleisch- und Fettzutat. Wichtig ist, daß in einigen ländlichen Gegenden Oldenburgs hin und wieder pro Woche 200 Gramm Fett pro Person verteilt sind. Diese Bezirke sind aber Heberjägerverbände, die ihr Pflichtquantum an die Reichsregierung abgeliefert haben und, wenn ihnen ein Ueberfluß verbleibt, es und zu eine Sonderverteilung vornehmen dürfen. Lübed ist leider kein Heberjäger-, sondern Bedarfsvorband. Eine Sonderverteilung ist daher nicht möglich. Wie mir vom Genossen Mehrlein erfahren, ist in Lübed für die nächste Woche in der Ernährungsfrage insofern eine kleine Verbesserung zu verzeichnen, als eine Sonderausgabe von 5 Pfund Kartoffeln auf das Lebensmittelbuch erfolgt.

Angezeigte Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat Mai in 82 Fällen gemeldet. Davon betrafen 46 Fälle (2 tödlich) verlaufene Diphtherie, 33 (1 tödlich) Scharlach, 2 (1 tödlich) Typhus und 1 Masern.

Zum Darlehnschwindel. Ein Kriegsschädiger, der sich vor kurzem verheiratet hat und dann vom Militär entlassen wurde, suchte sich einen eigenen Hausstand zu begründen. Er gebrauchte hierzu namentlich ein Darlehen von 600 Mark und wandte sich auf ein verlockendes Gehalt an den Agenten B. in D. Dieser verlangte zunächst einen Vorfuß von 10,15 Mk. als Antragsgebühr, sicherte zu, als Sicherheit genüge die Wohnungseinstückung des Darlehensnehmers und in 14 Tagen spätestens habe er das Geld. Der Kriegsschädigte zahlte den Betrag und bekam nach wenigen Tagen ein Schreiben von einer Charlottenburger Firma, worin unter Bezugnahme auf die erst jetzt beigefügten Darlehnsbedingungen abnormales ein Vorfuß von 13,80 Mk. verlangt wurde. Auch diesen Betrag zahlte der Geldsucher in seiner Einfaclit, um demnach die Nachricht zu erhalten, daß seine Möbel als Sicherheit nicht genügten. Da er nun weitere Sicherheiten nicht zu bieten vermochte, auch nach den Bedingungen eine Rückzahlung der Barschüsse keinesfalls erfolgt, so war er um den für ihn recht fühlbaren Betrag von 23,95 Mark zusätzlich der Postkosten geprellt. So wie diesem Krieger geht es Tausenden und Abertausenden seiner Leidensgenossen. Wann endlich werden einmal die zuständigen Stellen den Darlehnschwindel mit Stumpf und Stiel ausröten? Wann werden sich vor allem mal die Herren Staatsanwälte etwas eingehender mit dieser Materie befassen und nicht immer in formularmäßiger Weise die zahllosen Anzeigen wegen Betrugs mit Rückfuß auf die Paradedfälle der Schwindler einstellen, anstatt sich die Mühe zu machen, den Schwindel als einheitliches System zu ergründen und zu beseitigen? Die Geldsucher aber mögen peinlichst alle unbekannteten Firmen und Personen meiden, die, bevor sie sich rühren, einen Vorfuß verlangen. Sie mögen sich in Zweifelsfällen bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck über den Charakter der Firmen erkundigen.

Kapitalabfindung bei Militärpersonen. Die Erledigung der Anträge auf Kapitalabfindung ist namentlich den Militärverorgungsämtern übertragen worden. Gegen den Bescheid der Versorgungsämter ist der Einspruch an das Kriegsministerium zulässig. Der an keine Frist gebundene Einspruch ist bei dem Versorgungsamt anzubringen, das die Entscheidung gefällt hat. Erachtet das Versorgungsamt den Einspruch als begründet, so hat es ihn abzulehnen. In diesem Falle gilt der Einspruch als erledigt. In anderen Fällen muß er dem Kriegsministerium zur weiteren Entscheidung übermittelt werden.

Arbeitslosigkeit im Bäckerberufe. In der Veröffentlichung des öffentlichen Arbeitsnachweises heißt es unter anderem: „Die Zahl der stellungslosen Bäder ist zurückgegangen.“ Dieses erweckt den Anschein, daß die Bäder in ihrem Beruf untergekommen sind. Die Zahl der stellungslosen Bäder hat sich bis dato noch immer vermehrt, es ist bis jetzt noch öffentlichen Arbeitsnachweis überhaupt noch kein Bäcker in seinem Beruf in Arbeit vermittelt worden. Den stellungslosen Bäckern wurde die Schaufel in die Hand gedrückt, obwohl ungelernzte Arbeiter in genügender Zahl vorhanden waren. Eingestellt sind nicht Gejellen, sondern 26 Lehrlinge, welche auch nicht die Arbeitslosigkeit der Bäder vermindern werden. Seit der Demobilisierung sind fast 100 Bäder zu Koststands- und anderen außerberuflichen Arbeiten verwendet worden; dieses ist auch im öffentlichen Arbeitsnachweis bekannt, und es wäre somit Pflicht gewesen, die Veröffentlichung über die Arbeitslorenzahlg in diesem Sinne zu halten, damit die Bevölkerung auch über die übergrößte Arbeitslosigkeit im Bäckerberufe aufgeklärt würde.

Bei einer Bootsfahrt ertrunken ist gestern Abend gegen 10 Uhr in der Watenitz der in der Trabelmannstraße wohnende 20jährige Sohn unseres Genossen Salamon. Beim Aussteigen aus dem Boote fiel der junge Mann rücklings ins Wasser. Die anwesenden Personen eilten herbei und zogen den noch schwache Lebenszeichen von sich Gebenden heraus. Wiederbelebungsversuche der Umstehenden und der herbeigerufenen Feuerwehr mit dem „Pulmotor“ blieben leider ohne Erfolg. Nach Meinung der anwesenden Personen wäre der Verunglückte zu retten gewesen, wenn man auf dem Telephonamt schneller Anschluß an die Feuerwehr bekommen hätte.

Möblierte und leere Einzelzimmer werden beim Wohnungsnachweis in einem Umfange nachgehakt, der durch die vorhandenen Anmeldungen auch nicht annähernd gedeckt werden kann. An alle Inhaber größerer Wohnungen ergeht angefaßt dieser Notlage nochmals die dringende Aufforderung, alle irgendwie entbehrlichen Räume, ob eingerichtet oder nicht, durch den Wohnungsnachweis Wohnungsuchenden zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ersucht es angezeigt, nochmals darauf hinzuweisen, daß nach der Verordnung vom 22. März 1919 zu vermietende leere und möblierte Einzelzimmer ebensowohl dem Wohnungsnachweis anzumelden sind, wie verfügbare selbständige Wohnungen.

Büchereisenungen in die Bekleidungszone. Aus dem unbefehnten Deutschland können an Buchhändler in der französischen Bekleidungszone (ausschließlich Elsaß-Lothringen und Brückenkopiegebiet von Kehl) die nachbezeichneten Bücher usw. als Drucksache verhandelt werden: Schul- und Wörterbücher, wissenschaftliche und künstlerische Werke der Mathematik, Medizin, Technik, Industrie, Kunst, Musik (Partituren) usw. ohne Rücksicht auf die Zeit der Veröffentlichung; ferner alle vor dem 1. August 1914 veröffentlichten Werke der klassischen deutschen und ausländischen Literatur, Romane, Gedichte, Theaterstücke. Später veröffentlichte Werke der letzten Arten dürfen nur mit besonderer Genehmigung der internationalen Wirtschaftskommission eingeführt werden. Die Umschlüsse, welche die Druckfahnen enthalten, müssen an den Bürgermeister des Ortes, wo der Buchhändler sein Geschäft hat, gerichtet werden. Die Einfuhr von periodisch erscheinenden politischen, wissenschaftlichen, industriellen, kaufmännischen und beruflichen Zeitschriften bleibt unterjagt.

Stadthallentheater. Die Montagkonzerte mit künstlerisch gestaltetem Programm werden von jetzt ab in der Saale stattfinden. Die Sonntag und Mittwochnachmittagskonzerte finden bei günstiger Witterung im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saale statt. Als nächste Operettenaufführung wird neu einstudiert „Frühlingssinfonie“ gegeben. Freitag, den 13. Juni wird das Lustspiel „Kurze Geschichte“ eine Wiederholung erleben. Das Repertoir des Stadthallentheaters wird in der Hauptsache nur Werke leichter Art, Operetten, Possen und Lustspiele bringen, doch werden auch einige Werke von literarischer Bedeutung und versuchsweise auch einige klassische Werke zur Aufführung kommen. In Vorbereitung inszenieren Herr Neubauer „Die Heirat“, eine ganz unglaubliche Geschichte in drei Bildern von Nikolai Gogol, dem Verfasser von „Revisor“, Herr von Lossow: „Emilie Galotte“. In der Operette wird vorbereitet: „Das blonde Glück“, eine Operette von Willy Orlmann, die in der vergangenen Spielzeit ihren Siegeszug über die deutschen Bühnen begonnen hat.

Essentielle Bücher und Umschlüsse. Der Jahresbericht ist seit 1918 erstmalig wieder im Druck erschienen. Die Bücherausgabe für den 125 462 Bänden im Jahre 1914 auf 184 182 Bänden im Jahre 1918. Die Zahl der ausgegebenen Leihkarten betrug im Jahre 1914: 5861, 1918: 9545. In den Räumen ist kein Platz mehr für die Unterbringung größerer Bücherbestände. Der Bücherbestand umfaßt am Schluß des Jahres 1918 20 443 Werke in 22 768 Bänden gegen 18 975 Bände in 1914. Den Leserkal beuchten 1918: 77 166 Personen. Dagegen gingen die Vereinsmitglieder von 466 im Jahre 1914 auf 849 zurück. Von der Norddeutschen Büchereisfabrik Schmidt u. Co. wurde der Bücherhalle im Berichtsjahre 3000 Mk. überwiesen. Die durch Rat- und Bürgerausschuß genehmigte Staatsbeihilfe betrug im Jahre 1918: 15 000 Mark. Die Beamten erhielten eine Teuerungszulage von 75 Prozent. Die Einnahmen bestanden im Jahre 1918 auf 31 395 Mk. Die Mahngebühren wurden von 25 auf 50 Pfg. resp. 1 Mk. erhöht.

Fahrrad Diebstahl. Am 10. ds. Mts. ist von dem Hausflur der Bezugschein-Ausgabe ein Fahrrad, Marke Kaumanns Germania, gestohlen worden. Auf dem hinteren Schutzblech befinden sich die Buchstaben S. N.

Einbruch Diebstahl. In der Nacht zum 6. ds. Mts. ist in einem Hause der Karpfenstraße ein Einbruchdiebstahl ausgeführt,

bei dem den Dieben Wäsche, Herren- und Damenkleidungsstücke im Werte von ungefähr 7000 Mk. in die Hände gefallen sind. Ein Teil der Wäsche ist E. D. gezeichnet.

Festgenommen wurde ein Rettungsausgänger, der von der Anhalt auf kurze Zeit beurlaubt war. Die erhaltene Freizheit mußte der Jünger aber dazu aus, seine Eltern zu besuchen.

Hamburg. Lohnbewegung der Handelsgärtner. Eine am Dienstag Abend im Gewerkschaftshaus stattgefundene Versammlung beschloß, an den aufgeklärten Forderungen festzuhalten. Durch das geringe Entgegenkommen der Arbeitgeber sind die Verhandlungen gescheitert und die Angelegenheit ist nunmehr dem staatlichen Schlichtungsausschuß unterbreitet worden. Als Forderungen wurden folgende Stundenlöhne aufgestellt: Für Gärtner von 1,60 bis 2,- Mk. Für Arbeiter 1,60 Mk., unter 18 Jahren 1,40 Mk. Frauen über 18 Jahre 1 Mk., unter 18 Jahren 70 und 80 Pfg. Für eingearbeitete Frauen, die ein Jahr im Betriebe tätig sind, 1,20 Mk. Für Donnerstag ist nach Hans Gewerkschaftshaus, Belandendehof, eine weitere Versammlung einberufen, die über den Schlichterspruch des Schlichtungsausschusses Bescheid fassen soll. — Pension für Kriegsgewinnler und Kriegsschlichter. Im Anzeigenteil der von Großkapitalisten und Großagrariern bevorzugten Presse wird dem Wucher in unverschämtester Weise Vorfuß geleistet. In der Morgenausgabe der „Hamburger Nachrichten“ vom 8. Juni befindet sich folgendes Inserat: Gebe drei jung. Mädchen auf 10 Tage bei Landhof Lupertshaus in meinem Hause, auf Gut Nähe Hamburg, pro Tag und Kopf 30 Mk. Näher unter V. S. 680 a. d. Gesell. d. Bl. Was mag der betreffende Gutsbesitzer wohl unter „Landhof“ verstehen? Milch, die den Säuglingen entzogen wird. Butter, die heimlich geduldet wird. Schinken und Brust von heimlich geschlachteten Schweinen. Und so fort. In der Großstadt aber hungert und darbt die minderbemittelte Bevölkerung. Die Kriegsgewinnler und Schieber können sich leisten, ihre Töchter und Söhne für die Kleinigkeit von 30 Mk. pro Tag und Kopf auf die großen Güter zu senden, damit sie keinen Schaden an ihrer Gesundheit nehmen. Gibt es wirklich kein Mittel, gegen diese Sorte „Volksgenossen“ vorzugehen? Wo Ueberfluß vorhanden ist, da muß er denen zugeführt werden, die heute noch darben und hungern müssen.

Hamburg. Tödlischer Absturz eines Kindes. In einem unbewachten Augenblick kletterte ein 11jähriges Mädchen auf einen auf dem Balkon stehenden Stuhl. Das Kind verlor das Gleichgewicht und stürzte auf die Straße hinab. Noch lebend schaffte man das Kind ins Krankenhaus, doch starb es dort bald nach der Einlieferung infolge eines beim Sturz erlittenen Schädelbruches. — In Kahrstuhl eingeklemmt. Ein aufgeregter Vorkauf erregnete sich am Dienstag im „Vermannhaus“. Dort war ein junger Mann in leichtsinniger Weise auf den in Fahrt befindlichen Korb des Waternosterfahrrads geklettert. Anstatt sich zur Fahrt in den Korb zu stellen, die Folge war, daß der junge Mann bei der Fahrt durch den Keller von der Scheere ergriffen wurde und zwischen der Gleitschiene und dem Aufzugskörper einklemmt ward. Die alarmierte Feuerwehr konnte den jungen Mann erst nach zweistündiger Tätigkeit aus seiner qualvollen Lage befreien. Er wurde dann ins Krankenhaus gebracht. — Der erste Baumwollmayer. Der nach Garabura bestimmte amerikanische Dampfer Gulf of Mexico, mit einer Ladung Baumwolle von Amerika kommend, ist im Laufe des heutigen Tages auf der Elbe zu erwarten.

Mitona. Kindesmord? Nach einer bei der Staatsanwaltschaft in Mitona eingegangenen Meldung wurde kürzlich in Rietz bei Grahorn auf eigenartige Weise ein Kindesmord aufgedeckt. Ein dort wohnender Feldzugsteilnehmer hatte sein Grundstück verkauft. Dem neuen Besitzer und dessen Ghefrau kam aus dem am Hause befindlichen Sichtschacht ein Verwesungsgeruch, den sie sich nicht zu erklären vermochten, entgegen; bei näherer Untersuchung wurde die dort verscharrte Leiche eines neugeborenen Kindes an das Tageslicht befördert. Das Kind soll bei der Geburt gelebt haben. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Gimhorn. Beim Baden in einer Mergelkühle ertrank ein junger Mann, der, des Schwimmens unfähig, in eine Tiefe geraten war. — Beim Baden ertrunken ist am Mittwoch ein 23 Jahre alter Arbeiter, als er am Witzelau in die Elbe sprang. Mannschaften der Feuerwehr stellten stundenlange Wiederbelebungsversuche an, die leider ergebnislos waren. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod des Verunglückten feststellen.

Theater und Musik.

Stadthallentheater. „Als ich noch im Flügelkleid“, ein frühliches Spiel in 4 Akten von Kohn und Frelse. Die übermütigen Streiche verklärter hübscher Baufräule im Mädchenpensinat haben schon oft den Stoff zu Lustspielen und Schwänken abgegehen. Die beiden Verfasser haben sie nicht ungeschickt für ihr Stück benutzt; dazu als passende männliche Liebhaber einige Studenten hinzugenommen, damit auch für die noch immer beliebten Burjesenlieder gesorgt, und endlich als komische Hauptfigur das aus tausend Pölsen bekannte drastische Mädchen für alles mit Namen Auguste in den Mittelpunkt ihres frühlichen Spiels, das man hier schon vor Jahren gesehen hat, gestellt. Mit solchen bewährten Mitteln erzielen Kohn und Frelse denn auch den beabsichtigten Heiterkeitserfolg. Man unterhielt sich bei der geistreichen Aufführung prächtig und an schallendem Gelächter war kein Mangel. Mit Humor, Laune und Gemächtheit, je nach Art ihrer Rollen, betätigten sich Lise Brack als Vorsteherin des Pensionats, Ursula Brack als jede Elisabeth Heje, Wilma Spöhr als Gertrud Kühn, Clarissa Niemann-Heidmann als sentimentale Engländerin, Eva Götz als Lehrerin Faure, Mariha Hoppefeld als ganz famos Mädchen für alles, Karl Heidmann, Walter Schnakenbeck, Franz Lösch als flotte Studenten und endlich Mariin Hoffmann als Vereinsdiener der Studentenvereinsreinigung und Anbeter der Auguste.

Neueste Nachrichten.

Dispositionen der Regierung.

Berlin, 12. Juni. Das gesamte Kabinett hat sich nach Weimar begeben. Dort wird nach Ueberreichung der Antwort die Friedensdelegation aus Versailles ein treffen, um mit der Regierung die Entscheidung über Deutschlands Stellung zu treffen. Zugleich wird die Nationalversammlung zusammentreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dies erst in der kommenden Woche geschieht.

Die deutsche Regierung und die Kolonialfrage.

Berlin, 12. Juni. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Gegenüber der von der Entente geplanten Lösung der Kolonialfrage kann nur immer wieder der feste Entschluß der deutschen Regierung betont werden, auf den bereits des öfteren dargelegten Standpunkt, der dem Punkt 5 der Wilsonschen Januar-Aussage entspricht, zu beharren. Danach kann Deutschland auf seine Kolonien weder verzichten, noch sie veräußern. Die Regierung kann auch dem deutschen Volke nicht zumuten, einen Friedensvertrag anzuerkennen, der es als nicht würdig und fähig behandelt, weiterhin an der Kulturarbeit der weißen Rasse in Afrika und in der Südsee teilzunehmen.

Erhöhung der Kohlenpreise. Essen-Auher, 12. Juni. Die Zechenbesitzer-Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats beschloß, die Kohlenpreise für die Zeit vom 16. Juni bis Ende Juli für Kohlen im allgemeinen um weitere 10 Mk. und für Koks um weitere 15 Mk. pro Tonne zu erhöhen. — Diejem Beschluß sind, wie bereits gemeldet, Verhandlungen mit den Führern der Bergarbeiterverbände vorausgegangen, welche die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 2 Mk. pro Mann und Schicht ergeben hat.

Generalfreilich in Thüringen.

Gotha, 12. Juni. In ganz Thüringen ist Mittwoch ein eintägiger Generalfreilich wegen der Erziehung Levdines durchgeführt worden.

Ein amerikanisches Getreide-Angebot.

Karlruhe, 12. Juni. Bei einer großen Mannheimer Getreidefirma traf gestern die erste direkte Depesche aus Amerika ein und zwar von einem der bedeutendsten Chicagoer Mais-Ausfuhrhäuser. Die Firma bietet einen erheblichen Posten Mais und Futtermittel an.

Deftereich vor der Katedittatur?

München, 12. Juni. Wie die Münchener Neuesten Nachrichten aus Wien erfahren, soll dort am 15. oder 18. Juni die Katedittatur proklamiert werden. Man will schon die Namen der Vollskommissare und die beabsichtigten Befehle kennen. Die Organisation sei fertig.

Würzburger Feldgerichtsurteile.

Würzburg, 12. Juni. (Tel.-Union.) Das Feldgericht verurteilte Weibel zu 15, Saubert zu 12 und Hagemeister zu 10 Jahren Festungshaft und Abtrennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Ehrlose Geninnung bei Ausübung ihrer vorbrecherischen Tätigkeit wurde nicht angenommen. Der Senatsanwalt hatte für alle drei die Todesstrafe ausgesprochen.

Die Internationale der Transportarbeiter.

Bern, 12. Juni. Auf der Konferenz der englischen Transportarbeiter in Swansea wurde ein Antrag Harold Wilson, des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Seeleute und Heizer der englischen Handelsmarine, die deutschen Transportarbeiter zu boykottieren, mit 218 000 gegen 72 000 Stimmen abgelehnt. Es wurde beschlossen, die deutschen Transportarbeiter zum Wiedereintritt in den internationalen Verband aufzufordern. — Eine erfreuliche Nachricht.

Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz. Bern, 12. Juni. Das neue Wirtschaftsabkommen mit Deutschland ist vom Volksrat genehmigt. Die Ratifikation durch die deutsche Regierung steht noch aus.

Gegen den Friedensvertrag.

Berjaikes, 12. Juni. Nach Meldungen aus Rom hat der Sekretär der sozialdemokratischen Partei erklärt, daß ein europäischer allgemeiner Ausstand als Protest gegen die Politik in Versailles bevorstehe. Auch in Paris wird von einem allgemeinen Ausstand gesprochen. Herze ermahnt die Ausständigen zur Vernunft und erinnert an die Vergangenheit, auch 1789, 1848 und 1871 habe man erst mit Gewalt die Radikalen zur Vernunft bringen müssen.

Amsterdam, 12. Juni. Neupert Sun schreibt, Clemenceau habe sich kurz und bündig gewiegt, seine Zustimmung zu geben, daß Deutschland in den Völkerebund aufgenommen werde. Dies bedeute einen unangenehmen Hieb für Wilson.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Die Kriegsgefangenen.

Fortgesetzt werden mit Kriegsgefangenen, deren Ehemänner noch in der Gefangenschaft schmachten müssen, durch Zeitungsnachrichten außerordentlich beunruhigt. Einmal heißt es, unsere Lieben, in Gefangenschaft schmachtenden Männer würden baldigt aus der Gefangenschaft entlassen werden. Auf diese Nachricht hin schlägen unsere Herzen höher und unsere Hoffnung, unsere Männer bald wieder zu sehen, steigt ins Ungemessene. Dann aber heißt es wieder am nächsten oder übernächsten Tage, es sei nicht daran zu denken, daß unsere Männer aus der Gefangenschaft entlassen werden sollten usw. Die Redaktionen sollten bei der Auswahl der Nachrichten über das Ergehen und über die eventl. Freigabe unserer Gefangenen lieber etwas vorsichtiger sein und erst dann Nachrichten bringen, wenn bestimmt zu erwarten ist, daß auch unsere Männer tatsächlich freigegeben werden.

Zahlreiche Krügerfrauen.

Der Vorwurf, der hier erhoben wird, ist wohl bei den bürgerlichen Blättern angebracht. Wir selbst berückten hierüber nur, was im Interesse der Deffentlichkeit, im Bereiche des Wahrscheinlichen und Möglichen sowie vom publizistischen Standpunkt aus notwendig war. Eine Verfehlung kann jeder Redaktion unterlaufen. Nur hat sie die Pflicht, diese zu berichtigen. Und das vergessen manche bürgerliche Blätter, auch bei anderen Vorkommnissen. Red.

Die Eisenbahnverbindung mit Dänishburg.

Die Bewohner von Dänishburg fühlen sich sehr zurückgesetzt, weil der Zug um 10,23 Uhr von Lübeck ab im Gegenjah zum Vorjahr dort nicht hält. In Dänishburg wohnt größtenteils eine wertvolle Bevölkerung, die auf Lübeck angewiesen ist, um Nahrungsmittel zu holen. Unsere Frauen können diesen Tag, wo sie nach Lübeck fahren, kein Mittagessen kochen. Natürlich werden hier die Arbeiter vergessen, wie immer. Man könnte doch glauben, daß die Badegäste, welche nach Travemünde fahren, um die 2 Minuten, welche der Zug hier hält, nicht zu kurz kommen. Wir erfahren daher die Eisenbahnverwaltung, um zu beruhigen, daß den Zug, welcher in Lübeck morgens 10,23 Uhr abfährt, hier halten zu lassen.

Mehrere Einwohner Dänishburgs.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Baxer.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedrich Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Sozialisten, Arbeiter, Proletarier Lübeds!

Wir rufen Euch auf zur Ehrung unserer meuchlings ermordeten Genossen und revolutionären Vorkämpfer Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Levine, zum Protest gegen das Gerichtsverfahren gegen unseren Genossen Ledebour zu einer am

Freitag, dem 13. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr, auf dem Burgfelde

stattfindenden Protest und Trauerkundgebung. Klassenbewusste Arbeiter protestiert in Massen gegen diese schändlichen Morde und den Verrat an Euren Idealen.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschl.

Kommunistische Partei Deutschl.

ZWIRN
fein Papier, 100 Sterne nur
8432) 20. — Ditt. frei Nachh. 12
P. Moths, Geisell, 134 Vogt.

Alle Arbeiter
laufen gern und gut ihre
Arbeitskleidung bei (8426)
Otto Albers
Markt 4, Kohlmart 10.
Mitgl. des Rab.-Svab. Lübeck.

Bilderleisten
einrahmungen
Oscar Fauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2805.

Paul Bieninda, Friseur
Rosengarten 5. (8450)
Schnelle saubere Bedienung

Ia. Tafel-Senf
Essig - Weinessig
Hans Wegener,
Obere Wahrenstraße 10.

**Verband der Gemeinde-
und Staatsarbeiter.**
Zentrale Lübeck.

Unsere Mitglieder und Gön-
ner zur Kenntnis, daß unser
Ball des Verbandes, nicht mit
dem am Freitag, dem 13. Juni,
stattfindenden Ball der unständi-
gen Staatsarbeiter zu verwechs-
eln ist.

Unser Ball findet am Sonn-
abend, dem 14. Juni 1919, im
Gewerkschaftshaus, Johannis-
straße 50-52, statt.
Saalöffnung 8 Uhr. Anfang 9 Uhr.
(8430) **Das Komitee.**

**Verband der Schneider,
Schneiderinnen und Wäsche-
arbeiter Deutschlands.**
Zentrale Lübeck.

Versammlung
am Freitag, dem 13. Juni
abends 6 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Zimmer 11 und 12.
Tageordnung:

1. Bericht von der Gewerkschaft.
2. Stellungnahme zu unserer
Forderung.
3. Verschiedenes.
Erheben sämtlicher Mit-
glieder erforderlich.
(8444) **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher
Holzarbeiter - Verband**
Zentrale Lübeck.

**Bertramensmänner-
Versammlung**
am Freitag, dem 13. Juni
abends 7 1/4 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Tageordnung:
1. Bericht von den Verhandlungen
vom 6. und 11. Juni.
2. Verschiedenes.
(8437) **Die Ortsverwaltung.**

Konserven-Gläser

Obst- und Gemüsegläser

enge Form, mit Deckel und Ring
1/4 Liter 3/8 Liter 1/2 Liter 1 Liter
1.35 1.45 1.60 1.75

Fleischgläser weite Form,
mit Deckel und Ring
1/2 Liter 3/4 Liter 1 Liter 1 1/2 Liter 2 Liter
1.95 2.10 2.25 2.45 2.75

Geleegläser zum Stürzen
1/10 Liter 1/8 Liter 1/4 Liter
35 Pfg. 45 Pfg. 55 Pfg.

Glashäfen zum Zubinden
1/4 Liter 1/2 Liter 3/4 Liter 1 Liter
45 Pfg. 50 Pfg. 60 Pfg. 75 Pfg.

Einkoch-Apparate 27 50
stark verzinkt, für alle Systeme passend,
kompl. mit Einsch., 6 Federn u. Thermometer

Konservenöffner „Patent“ 2 25
öffnet die Gläser leicht und mühelos,
beschädigt weder Glas noch Gummi

Rudolph **Karstadt** Kom.-Gef.

**Kleiner Posten
weiß und creme Gardinen**
Wetermare. (8443)
Neu eingefroren:
Hemdentuche, gestreifte
Blusen- u. Schürzenstoffe
Otto Schlichting,
Warendorferstraße.

Sichere Existenz.
Großversandhaus I. Ranges
(Spezialität: Wäsche u. Klei-
dungsstücke) sucht allerorts
zum sofortigen Antritt rede-
gewandte Damen u. Herren
zum Besuch von Privat-
kundschaft. (8429)
Hoher Verdienst garantiert.
August Röttig, Dessau J. 1904.

Maler- u. Lackier-Geschäft
Heinr. Müssig
Elswigstraße 9a und Johannisstraße 27.
Anführung mit Friedensmaterial. (8424)

**Grosser Ball
des Kegelklubs „Freiheit“**
im Lokale des Herrn A. Busch (Friedrichshof). 8428
Anfang 6 Uhr. Ende? ? **Das Festkomitee.**

Einladung zum Ball
der 8412
unständigen Staatsarbeiter
am Freitag, dem 13. Juni, im Gewerkschaftshaus.
Anfang 6 1/2 Uhr. **Das Komitee.**

Waisenhof. TANZ. Freitag u. Sonntag

Gesellschaftshaus „Weißer Engel“
Ratzeb. Allee 29. — Endstation der Straßenbahnlinie 1.

Großer Einweihungsball
in den vollständig erneuerten Räumen
am Freitag, dem 13. Juni 1919.
8417) **Begian 6 Uhr.**
Um zahlreichen Besuch bittet **G. Ketter.**

Neues Lichtspiel-Theater
Breitestraße 13. Tel. 8698.
Nur 4 Tage, vom 13. bis 16. Juni
Deutschlands beliebteste Schauspielerin **Henny Porten**
in **Irrungen.**
Schauspiel in 5 Akten. In den Hauptrollen:
Harry Liedtke — Henny Porten.
Bettler Ges. m. b. H.
Grotteske in 4 Akten. Eine Vollenbung der mimischen Kunst.
In der Hauptrolle: **Alwin Neuhs.**
Anna dreht Granaten.
Lustspiel in 2 Akten. In der Hauptrolle: **Anna Müller Linke.**
Ab 4 bis 10 Uhr vorzügliches Theater-Orchester.
Zu jedem Film erstklassige kometenprende Musik. 8456

Selbst. Schuhmacher.

Öffentliche Versammlung
Freitag, den 13. Juni
abends 7 1/2 Uhr
in Knorrs Gasthof, Klingenberg.
Tageordnung:
Beratung der Statuten für die
Zwangsimung. (8440)
Schuhmacher-Verein selbst. Schuhmacher.

Kücknitz 8441
W. Dieckelmanns Gasthof
Freitag, den 13. Juni
Tanzkränzchen.

Einsegl.
Jeden Freitag Anfang 7 Uhr
Jeden Sonntag Anfang 5 Uhr
Gr. Tanzkränzchen
wozu freundlichst einladet
(8445) **C. Köpcke.**

Marmorsaal.
Morgen, Freitag, 13. Juni,
8 Uhr,
zum 3. Male auf alseitigen Wunsch
Ernst-Albert-Abend
Humor in der Natur
Erlauchtes, Erdichtetes und
Erliehtes.
Alles neue Schlager.
Vorverkauf Ernst Robert, Breite
Straße: 3, 2, 1 Mk. 8442

**HANSA
THEATER**

Freitag, abends 8 Uhr:
Letzte Aufführung!
**Das sensationelle Militär-
Ausstattungsstück!**
„Krone
und
Fessel“
I. Die Letzten der Strachwitz.
II. Der Verlobungsabend.
Das Kriegsgericht.
III. Die Flucht. 8410
„Alles in Ordnung.“
IV. Die große Vergeltung.
— Vorzugskarten gültig! —
Sonnabend: Zum 1. Male!
„Zapfenstreich“.

Stadthallen - Theater
Lübeck. 8437

Donnerstag, den 12. Juni:
Abends 7 1/2 Uhr:
Frühlingsluft.
Operette in drei Akten nach
Motiven von Josef Strauss.
Freitag, den 13. Juni:
Nur sechs Schüsseln.
Sonnabend, den 14. Juni:
Filmzauber.
Sonntag, den 15. Juni,
nachmittags 4 Uhr:
Großes Konzert
Abends 8 Uhr:
Frühlingsluft.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Eigenbericht des „Lübecker Volksboten“.

In der Dienstaagsmitttags-Sitzung kam noch, wie schon kurz gemeldet, der

Bericht des Parteivorstandes

zur Verhandlung. Hierzu führte der Berichterstatter Otto

Wels aus:
Dunkel und schwer liegt die Zukunft vor uns. Unser Schicksal liegt in den Händen des siegreichen Entente-Kapitalismus, der in Deutschland den internationalen Kapitalismus schaffen will, deshalb ist unser Kampf für eine errögliche Freiheit zugleich ein Kampf für die internationale Sozialdemokratie. Der letzte Herbst brachte uns den völligen Zusammenbruch unseres Volkes. An der Hungerblöde werden wir noch jahrzehntelang zu leiden haben. Unsere Kriegspolitik, die immer zugleich auch eine Friedenspolitik war, hat uns das Vertrauen des Volkes in weitestem Umfang entzogen. Deshalb ist es dann unmöglich, wenn man jetzt verlangt, wir sollten nachträglich die Kreditbewilligung misbilligen. Nur Unbesonnenheit und Unabhängigkeit haben den Wahnsinn geblüht, daß Deutschland mit dem Schwerte der ganzen Welt die Friedensbedingungen diktiert könnte. Wir haben die Machtverhältnisse der feindlichen Parteien viel richtig beurteilt, und wir haben unsere Politik von vornherein auf den Ausgang eingestelt, der tatsächlich eingetreten ist. Wir haben eine Kriegspolitik getrieben, die von Anfang an zugleich Friedenspolitik war. Und unsere Politik ist durch das Vertrauen der breitesten Masse gerechtfertigt worden. Aber während im öffentlichen Leben der Einfluß unserer Partei mehr und mehr wächst, machen sich in ihrem Inneren Zerstückelungsercheinungen geltend, Unsicherheit und der Mangel, sich zurechtzufinden. Wir haben ein gewaltiges Kräftefeld an Intellektuellen, namentlich Pfleraten, gewonnen, von denen ein großer Teil gleich mit einem Schwenk aus dem konservativen oder liberal-abbdeutschen Lager durch die Partei hindurch zu den Unabhängigen und Kommunisten gesprungen ist. (Heiterkeit und sehr wahr!) Daher der ungestüme Drang, sich zu betätigen, daher auch das Jagden nach Einigung um jeden Preis. Das böse Wort „November-Sozialisten“ hat in unserer Partei keinen Raum. Jeder ist in ihr willkommen, der sich ernsthaft bemüht, sich mit unseren Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus zu verbinden. Ange-rechte Verallgemeinerung trinkt gerade die Besten. Aber auf der anderen Seite sind viele der Neugewonnenen geistig noch recht unklar. Sie müssen erst lernen, che sie versuchen wollen, der Partei neue Wege zu weisen.

Wir waren 50 Jahre lang eine Oppositions- und Agitationspartei und haben mehr Wert auf die Tageserfolge als auf wirkliche Aufklärung über die Grundsätze des Sozialismus gelegt. Wir müssen jetzt dafür sorgen, daß wir aus der bloßen Stimmungspolitik herauskommen. Wir, die Älteren, Erzieheneren müssen dafür sorgen, daß die Parteigenossen aus Agitatoren und Theoretikern für den Sozialismus zu Praktikern werden. Ich glaube nicht, daß wir offiziell dem Volke Versprechungen gemacht haben, die wir jetzt nicht halten können. Auf dem Würzburger Parteitag hat Scheidemann ausdrücklich hervorgehoben, daß keine Macht der Erde die Menschen aus der selbstgeschaffenen Hölle der Verwüstung in das erträumte Paradies des Sozialismus bringen könne. Nur ganz allmählich würde sich die Wunde des erschöpften Volkstörpers schließen, und der ungebildete Variet werden nicht leicht von dem gewissenhaften Arzt zu dem ersten besten Kurpfuscher fortlaufen. Das ist in der Tat die größte Gefahr des Augenblicks. Im Herbst 1918 erfuhr die deutsche Sozialdemokratie die ganze Größe der uns bedrohenden Katastrophe. In jenem Augenblick fasten wir den schweren verantwortungsvollen Entschluß, den alten Gewalten einen Teil der Verantwortung abzunehmen und in das Kabinett einzutreten. Wir tästen ihn in der Hoffnung, das Schicksal des deutschen Volkes erleichtern zu können. Daran müssen Sie sich erinnern, um zu wissen, daß nicht die Sucht nach Weitem, sondern die schwere Not des Volkes uns in die Regierung geführt hat. Wir haben nun acht Monate in ihr mitgearbeitet, und wiederholt ist in der Partei die Frage aufgeworfen worden, wie weit die Sozialdemokratie als solche für die Handlungen ihrer Mitglieder in der Regierung und für die Tätigkeit der gesamten Regierung verantwortlich sei. Dazu ist folgendes zu erklären: Als Partei bleiben wir selbstverständlich dieselbe, die wir immer gewesen sind. Unverrückbar bleibt unser Bekenntnis zur Demokratie und unser sozialistisches Ziel; aber wir vergessen nicht, daß wir allein keine Mehrheit haben, daß unsere Genossen in einer Koalitionsregierung sitzen und unter den ungeschicktesten Schwierigkeiten der äußeren Verhältnisse und der inneren Zer-

stücker arbeiten, die jedes systematische Vollen immer wieder durchkreuzen. Deshalb würden wir ein schweres Unrecht begehen, wenn wir auch nur von einem der Genossen in der Regierung abrücken wollten.

Wir dürfen es nicht machen wie die Phariseer, die sagen: Herr, ich danke Dir, daß ich nicht hin wie jener. Diejenigen, die jetzt die unzufriedensten Kritiker sind, würden, wenn sie mit zu regieren hätten, der Partei noch weit härtere Misse zu laden geben. Von einem Personenwechsel erhoffen wir deshalb nichts Gutes, ein Systemwechsel ist aber unbedenklich, solange unsere Partei nicht ihre demokratischen Grundzüge aufgibt. Wir müssen deshalb zu unseren Genossen in der Regierung in diesen Tagen als gute Freunde stehen und es ihnen offen sagen, wenn wir glauben, daß etwas falsch gemacht wurde. Wir haben die Ueberzeugung, daß vieles veräuimt und vieles falsch gemacht worden ist, noch mehr in den Einzelstaaten als im Reich. Die Demokratisierung der Verwaltung ging nicht so rasch vorwärts, wie wir es gewünscht hätten. Es ist ein Übel, zu glauben, daß man sozialistisch regieren könnte, wenn die alten Reaktionen im Lande die ganze Verwaltung in Händen haben. Ein Sturm muß die Landräte hinwegfegen und die dumpfe, muffige Luft hinausfegen. Wir kritisieren nicht die Regierung, um unseren Freunden das Leben schwer zu machen, sondern um sie daran zu erinnern, daß sie als Sachwalter des Proletariats in der Regierung sitzen, und um ihnen den Rücken zu stärken, daß sie gegenüber den bürgerlichen Parteien mehr durchgehen.

Auf dem Würzburger Parteitag haben wir den Auftrag erhalten, ein Aktionsprogramm auszuarbeiten zu lassen. Dazu ist die Zeit nicht geeignet gewesen. Karl Rautsky hat versucht, ein Aktionsprogramm zu entwerfen, hat aber weder bei seinen Freunden, noch in den Kreisen der „Sozialistischen Monatshefte“ Gnade gefunden. Wir halten unser Parteiprogramm für dringend reformbedürftig, glauben aber, daß die Reformarbeit sich nur in ruhigeren Tagen vollenden läßt. Die Unabhängige Partei und unsere sozialdemokratische Partei erklären beide, auf dem Boden des Erjarter Programms zu stehen. Das wäre für die Einigung außerordentlich günstig, wenn nicht auf der anderen Seite der letzte Parteitag der Unabhängigen sich gleichzeitig zur Kait-diktatur bekannt hätte.

Wir sind für die Einigung, und bei uns ist es nicht notwendig, die alten Führer zu betätigen, um zur Einigung zu kommen, denn gerade diese alten Führer sind stets die Träger des Einigungsgedankens gewesen. Redner bespricht weiter die Berner Konferenz und weist auf die Gefahren in den Reihen der Unabhängigen hin, die sich untereinander selbst nicht einig sind. Wir müssen den Mut haben, zu sagen, daß Deutschland heute noch keine sozialistische Republik ist. Sie kann es erst werden, wenn wir die Mehrheit des Volkes hinter uns haben. Die gewinnen wir nicht mit der Methode der Unabhängigen.

Den Unabhängigen hat auch unsere Militärikritik sehr mißfallen, aber vergessen Sie nicht, wie die Freiwilligen-Bataillone entstanden sind. Schon am 10. November gaben die Kommunisten die Parole aus: Proletariat, behaltet die Waffen! Dann sind sie wochenlang mit den Bildern Ehrerts und Scheidemann am Galgen, mit Handgranaten und Maschinengewehren durch die Straßen gezogen und haben gedroht, daß ganze Regierungsnest auszunehmen. Und so wäre es auch gekommen, wenn wir in den kritischen Januartagen die Nerven nicht oben gehalten hätten. Damals umstanden zehntausende Berliner Parteigenossen die Regierungsgebäude und forderten für sich bewaffnete Schutz. Wer die Handgranaten und Revolver als Argumente in den politischen Kampf einführte, der darf sich nicht wundern, wenn der andere, der über stärkere Argumente dieser Art verfügt, ihm in der gleichen Weise antwortet. Die Partei verurteilt auf das heftigste den Mord an Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Tötung eines Vogel und Karlow. Aber sie kann deshalb nicht das ganze Volk und die Regierung dem Einfluß bewaffneter und gewalttätiger Hausen ausliefern. Wir verzeihen die Gegenrechnung nicht, den Mord an Auer und Neuring und an so vielen anderen. Wenn wir die Freiwilligenkorps auflösen, hätten wir in kürzester Zeit nicht nur Westpreußen und Oberschlesien verloren, sondern auch eine Republik wie in München. Als die bayerischen Genossen in letzter Stunde die Freiwilligen aufließen, haben diese in München heftigste Mordtaten begangen, während die sogenannten Kosschegarden sich vollständig einwandfrei und torrett benommen haben.

Wir können uns deshalb nicht überzeugen, daß wir größere Erfolge auf anderem Wege erzielen hätten würden. Die einzige positive Leistung der russischen Sowjetrepublik ist ihre rote Armee (eine Armee ohne Soldatenräte, mit eiserner Disziplin und strenger Kommandogewalt der alten Offiziere aus der zaristischen Armee. Trotz al! nichts anderes als der rote Kugelschreibstift, Stürmische Heiterkeit und Widerspruch Rostes.) Wenn die Unabhän-

gigen sich auf eine reine Armee von Arbeitern stützen würden, würden sie auch die Erfahrung machen, daß die Truppen in kritischen Tagen zu disziplinieren beginnen. Auch eine Regierung Britisch würde sich auf Soldaten stützen oder zu den Kommunisten übergehen müssen. Die Unabhängigen bekämpfen mit besonderer Schärfe unsere Friedenspolitik. Alle Parteien, einschließlich der Unabhängigen, haben aber einen Aufzug unterschrieben, worin gesagt wurde, daß der Friedensentwurf von Versailles es uns unmöglich macht, zu unterzeichnen, weil er unser Wirtschaftsleben vernichtet. Jetzt bekämpfen uns die Unabhängigen, weil wir nicht unterzeichnen wollen. Wir werden uns erklären, daß wir unterzeichnen werden, so würden sie uns deshalb angreifen und erklären, daß nicht unterzeichnet werden dürfe. Die Politik der Unabhängigen hat unsere Friedensarbeit schwer geschädigt. Sie wird von keinem gewerkschaftlich geschulten Arbeiter verstanden werden. Die Internationale, die gerade jetzt nicht sehr aktionsfähig sein dürfte, muß wiederhergestellt werden. Wir halten fest an der Parole: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch! Der gemeinsame Befreiungskampf aller Beladenen und Bedrückten bleibt unser Ideal, aber die Liebe zur Menschheit darf die Liebe zum eigenen Volke nicht unterdrücken. Es wird mich niemand überzeugen, daß Deutschland allein der Sünderbund war, der den Krieg entfesselt hat, und daß der Zar ein weißes Unschuldslamm gewesen sei und daß die französischen Maschhaber Jaures aus Liebe zum Frieden ermordet seien. Kein Engländer, kein Franzose würde sein Land für das allein schuldige erklären. Wir Deutschen müssen auch deutsch fühlen lernen. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch Clemenceau. Die deutsche Sozialdemokratie hat am 9. November die Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes übernommen. Unser Weg geht nicht links oder rechts, sondern gerade aus. (Stürmischer Beifall.)

In der Mittwochvormittags-Sitzung wurden die Berichte über Organisation und Bildungsfragen entgegengenommen.

2. Verhandlungstag.

Zu Beginn verliest Vorsitzender Löbe-Breslau ein Begrüßungstelegramm des Parteivorstandes der deutsch-österreichischen Genossen.

Partiels (Parteivorstand) erstattet den

Kassenbericht.

Zu Zeit des Würzburger Parteitages war unsere Mitgliederzahl auf ein Fünftel des Standes des letzten Friedensjahres gesunken. Mit der Revolution setzte ein jo gewaltiger Zustrom ein, daß unsere Verwaltungseinrichtungen kaum ausreichten. In den Wahlkreisen, über die Berichte vorliegen, hatten wir am 31. März 1919 einen Mitgliederbestand von 1 122 099 gegen 249 411 im Vorjahr, am 31. März 1914 betrug der Mitgliederbestand 1 859 005. Dort, wo ganze Organisationen zu den Unabhängigen übergegangen sind, haben wir trotz starken Zuwachses die Mitgliederzahl von 1914 noch lange nicht erreicht. Das gilt insbesondere für Groß-Berlin, wo wir jetzt über rund 50 000 Mitglieder verfügen gegen 21 000 im Jahre 1914. Gewaltig gestiegen sind die Mitgliederzahlen in den Bezirken mit überwiegend kleinstädtischer und ländlicher Bevölkerung, so in Ostpreußen und Pommern. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist die höchste, die wir je gehabt haben. Mit den bisherigen Mitteln der Zahlabende und Mitgliederveranstaltungen kommen wir diesem Zustrom neuer Mitglieder gegenüber nicht aus. Es muß mehr geschehen, um die neuen Anhänger an die Partei zu fesseln. Für die durch Uebernahme aller möglichen Kennen der Agitation entzogenen Kräfte muß Ersatz geschaffen werden. Eine starke Erhöhung der Mitgliederbeiträge ist notwendig. Auch bei den Gemeindevorständen ist die Zahl unserer Vertreter gewaltig gestiegen. In 147 Städten liegt die Zahl der Stadtverordneten von 2700 auf 7200, und in 3082 Landgemeinden von 909 sozialdemokratischen Gemeindevorstellern auf 18 569. 1914 hatten wir in 60 Städten 154 Magistratsmitglieder; jetzt in 212 Städten 448. Dabei fehlen uns noch aus fast der Hälfte der Wahlkreise die genauen Angaben. Trotz der Papiernot um hat die Revolution der Parteipresse einen sprunghaften Aufschwung gebracht. Am 31. März 1919 hatten die 74 Parteizeitungen 1 706 227 Abonnenten gegen 847 800 vor einem Jahre. Neue Grünzungen sind im Gange. Der Krieg hat unsere Finanzen schwer mitgenommen. Wir haben in den letzten Jahren 1 1/2 Millionen Mark dem Parteivermögen entnommen. Erst das letzte Jahr weist eine Besserung der Finanzen auf. Bei den Ausgaben wurde während des Krieges hart gespart am Bildungswesen und den Pressebüros. Hier wird jetzt ein Aufbau dringend notwendig. Eine neue Einnahme für die Parteikasse sieht das Statut in der Bestimmung vor, daß 20 Prozent der Ueberüberschüsse der Parteigeschäfte an die Hauptkassa abzuführen sind. Die Gehälter unserer Angeestellten bleiben trotz vieljähriger Tenierungszufügen hinter dem Einkommen vieler Arbeiterkreise zurück. Ein Ausgleich ist unvermeidlich. — Arbeiten

Ein Fehlstritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fr. Kigel-Mainz.

22. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Kann ein Mann, der eine Lebenshoffnung begraben hat, der den herbsten Seelenschmerz nicht verschlucken erduldet, grausamer in seinem physischen Empfinden verletzt werden, als wenn seine Qual mit der ähndenden Laune böswilligen Hofens übergoßen wird? Dank der Verschwiegenheit der Wissenden war die Kunde von der mißglückten Werbung nicht in die Deszendenz gedrungen, da hat — wie wir von der Zeugin Dorothea Lamprecht vernommen haben — eine Bekantung von Umständen gerade demjenigen jene Kunde zugetragen, der aus verschiedenen Gründen dem Angeklagten nicht hold war, ja, der denselben nach der Bekantung der verschiedenen hier anwesenden Zeugen tödlich gehaßt hat! Und nur von der gemeinen Sucht getrieben, dem Verhaßten einen brutalen Schlag zu versetzen, der diesen nach seiner Meinung tief in der öffentlichen Achtung herabziehen mußte, beoacht sich der erbärmliche Wicht — einen anderen Ausdruck finde ich nicht für den getödteten Franz Schwind — das ängstlich behütete Geheimnis seines Kindes, in der Volksgunst und in der Liebe, öffentlich an das Licht zu ziehen, mit Worten an das Licht zu ziehen, deren Absicht, auf das tödlichste zu kränken, klar vor Augen liegt!

Meine Herren! Wäre Paul Höfer ein Angehöriger der obersten Klassen — er würde den Gegner gefordert — er würde seine überlegene Kraft und seine überlegene Fähigkeit in der Führung der Waffen dazu benutzt haben, den Beseidiger im Duell niederzuknallen oder niederzutreten. Seine Tat wäre sodann von einem gewissen zitterlichen Nimbus umgeben, und eine minimale, nicht seinen Namen entwürdigende Strafe würde ihn treffen — so jedoch ist mein Klient ein einfacher Bauernmann, der die ihm widerwärtige Kränkung nach bäuerlichen Regeln mit der Kraft der Faust erwiderte. Ruht in der Brust des Bauern ein weniger empfindliches Herz als in derjenigen des Edelings? Schmerz in der Herunterziehen und Verböhnen der heiligsten Gefühle des höchsten Mann aus dem Volke weniger als den Grafen oder den Fürsten? Aus dem Bewußtsein seiner überlegenen Kraft, welches meinem Klienten innewohnt, konfirmierte der Herr Staatsanwalt Gefühllosigkeit — ich muß diesen Vorwurf als unzutreffend auf das entschiedenste zurückweisen, denn wäre derselbe berechtigt, dann müßte der Starke ruhig und gebändig alle dreierartigen Belästigungen von dem weniger Starken ertragen, für die es keine andere Antwort als die Faust oder die Raffe gibt! Der Angeklagte war somit vom Standpunkt der Rammesche aus, die ich

auch für den Mann im Bauernittel entschieden in Anspruch nehmen und gedachtet wissen will, ohne allen Zweifel berechtigt, dem ihn belästigenden Franz Schwind eine empfindliche körperliche Züchtigung angedeihen zu lassen.

Gehen wir nun zu der von der Anklagebehörde vorgebrachten Behauptung über, nach welcher eine maßlose Ueberverschreitung der Notwehr dadurch vorliegen soll, daß mein Klient seinen Gegner mit aller Kraft von sich weggeschleuderte, trotzdem es ihm nach Ansicht der genannten Behörde gewesen sein müßte, dem ihr Angreifenden das gezielte Dolchmesser zu entwenden. Meine Herren! Gegenwärtig mit denselben Rechte, mit welchem der Herr Staatsanwalt behauptet, daß es dem Paul Höfer möglich war, dem Gegner das Messer zu entwenden, kann ich behaupten, daß dies meinem Klienten nicht möglich gewesen ist! Betrachten Sie sich in der Lage meines Klienten! In trankener Wut stürmt sein Gegner auf ihn ein, zerhimmelt auf seinem Arme eine Wehrlosigkeit, die, wenn sie zu solchem Zwecke gebraucht wird (Weitersehe!), gewiß schon als gefährliches Werkzeug betrachtet werden kann, mit sodann das Messer, um es dem Angreifenden in die Brust zu stoßen — kann in diesem Momente der Bedrohte ruhig sein, ruhig zu erwägen, wie er die ihm drohende Lebensgefahr von sich abwenden soll, ohne dem Angreifer eine lebensgefährliche Verletzung beizubringen? Nein, meine Herren, der Angreifere hat zu einer derartigen Erwägung gar keine Zeit — er wird sich deshalb mit dem ihm sich zunächst darbietenden Mitteln seiner Haut wehren — er wird, wie in vorliegendem Falle, seine überlegene Kraft anwenden, um den Angreifer gewaltam von sich fern zu halten oder zu entfernen! Ein Übel ist es, von dem in höchster Aufregung und Todesnot befindlichen Angeklagten zu verlangen, daß er nur ein genau abgezieltes Maß der Kraftleistung bei der Abwehr hätte zur Anwendung bringen dürfen — der tödliche Erfolg dieser Abwehr kann somit nur als ein heiligeresvertes Unglück betrachtet werden, dagegen kann von einer Ueberverschreitung der Notwehr, geschweige denn von einer maßlosen Ueberverschreitung derselben, nicht die Rede sein!

Nach allem diesem, meine Herren, bin ich nicht in der Lage, an Ihre Milde für meinen Klienten zu appellieren — ich fordere Ihre Gerechtigkeit für den unbescholtene Mann, der nichts anderes tat, als was jeder von Ihnen in seiner Lage getan hätte — den nur ein verhängnisvoller Zufall zu dem Werkzeug machte, durch das ein Menschenleben vernichtet wurde. Ich beantrage daher, meinen Klienten Paul Höfer von der Anklage des Totschlags, begangen an dem Kellner Franz Schwind, sowie von der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, wie auch weiter von der Anklage wegen Ueberverschreitung der Notwehr freizusprechen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse aufzuerlegen!

Ein heißfälliges Gemurmel entstand in dem Zuschauerraum, als der Verteidiger geendet hatte und verjümmerte erst, nachdem der Vorsitzende einen warnenden Blick in die versammelte Menschmenge warf. Die Geschworenen erhoben sich von ihren Sätzen und zogen sich zur Beratung in den anstößigen Saal zurück. Eine geraume Zeit verstrich, während der man zuweilen ein gedämpftes Durcheinandergereden aus dem Beratungszimmer vernahm, als wenn darin die Meinungen geteilt wären, dann öffnete sich die schmale Tür, die Herren traten wieder in den Saal, und nachdem dieselben ihre Plätze wieder eingenommen hatten, erhob sich der Obmann und erklärte:

„Die Geschworenen verneinen die Frage des Totschlags mit Stimmenmehrheit! Ebenso wird die Frage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange mit zehn gegen zwei Stimmen verneint, wie auch die Frage, ob der Angeklagte sich der Ueberverschreitung der Notwehr schuldig machte, mit elf gegen eine Stimme zugunsten des Angeklagten entschieden wird!“

Wie ein erleuchtendes Aufatmen ging es durch die Reihen der Zuschauer und Zeugen, nachdem der Obmann der Geschworenen das Resultat der Beratung verkündet hatte, und wieder gab sich die allgemeine Sympathie für den Angeklagten in einem heißfälligen Gemurmel kund, nachdem der Gerichtshof sich zurückgezogen hatte.

Eine heiße Erregung war über Paul Höfer gekommen. Sein noch so junges Gesicht glühte wie Purpur — wie von einer Feder geschmettelt, hatte sich seine gebeugte Gestalt wieder emporgeschoben und wie neuer Lebensmut blühte es aus den noch vor kurzer Frist im Leide fast erloschenen todstrahligen Augen. Der mächtige Eindruck, den das Zeugnis Dorotheas auf ihn ausgeübt hatte, die Aussicht auf Wiedererlangung der Freiheit, nach der seine Seele dürstete, wie der Verschmachtete nach einem Trunk Wasser, ließen ihm mit einem Schlage die noch vor einer halben Stunde vor ihm liegende nachdunkle Zukunft im rosigsten Lichte erscheinen. Er dachte an die Freude seines alten Vaters, der dort hinten im Zuschauerraum angstbeben auf den Ausgang der Verhandlung wartete, wenn sein Freispruch verkündet wurde — er malte es sich aus, wie herzlich er Dorothea Lamprecht für ihr Zeugnis danken wollte — für das Zeugnis, das einen für ihn jo günstigen Umschwung in der Beurteilung des Falles bei den Mitgliedern des Gerichtshofes bewirkt hatte — er dachte daran, daß Dorothea jetzt nach dem Tode Franz Schwinds frei sei und ein schmertzliches Gluck durchschautte ihm, legte sich wie ein trüber Nebel über das vor seinen inneren Blicken liegende sonnenhelle Zukunftsbild.

Die Parteioorganisationen und die Parteifinanz, die die Grundlagen einer starken, leistungsfähigen Organisation sind. (Wohlfahrter Beifall.)

Der Bericht über Bildungs- und Jugendarbeit... Erstatet Heinrich Schulz: Erst am 23. März 1919 konnte der Parteivorstand ein kulturpolitisches Ressort schaffen...

Brühne gibt einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Kontrollkommission und beantragt Erleichterung des Vorstandes. Adolf Schulz bespricht die Pressefrage.

unter der Papiertüte (Zuruf: Man sozialisiere die Papierfabriken!) Wir können uns die heutige Art der Papierverteilung nicht länger gefallen lassen...

Ein Geschäftsordnungsantrag fordert für den Fall, daß die Nationalversammlung noch in dieser Woche einberufen wird, die Verlegung des Parteitages nach einem anderen Saal oder nach einer benachbarten Stadt. (Zuruf: Jena!) Jedenfalls dürfte nichts durchgepeitscht werden.

Die Ansprache über den Vorstandsbericht beginnt. Eingezogen sind bis jetzt 70 Redner. Zunächst wird über die allgemeinen politischen Fragen gesprochen...

Der 12. Bundesturntag des Arbeiter-Turnerbundes wurde am 1. Pfingstfeiertage in Leipzig, dem Sitz des Vorstandes und des Bundesgeschäfts, eröffnet.

Der 12. Bundesturntag des Arbeiter-Turnerbundes... wurde am 1. Juni 1919 über 180 000, dazu kommen noch etwa 100 neu angemeldete Vereine.

Die Kasse des Bundes hat sich während der Kriegszeit gut gehalten. Der Etat ist für nächstes Jahr mit 60 000 Mk. veranschlagt. Für Agitation wurden 1919 bis Ende Mai 13 000 Mk. ausgegeben.

Aus Nah und Fern.

Die Konjunkturfabrik des Abdeckers. Gesundheitsgefährliche Nachenschaften zwischen einem Abdecker in Lüneburg und zwei Händlern in Wilmersdorf wurden von den Behörden aufgeklärt.

Wahnsinnst. Ein Frankfurter Jäger wurde während der Jagd auf der Gemarkung Rothemann bei Herzoll plötzlich irrsinnig und erschoss ein junges Mädchen, das sich vor ihm hinter einen Holzhäuser flüchtete.

Kraftwagenunglück im Taunus. Aus Königstein im Taunus meldet der Draht: Auf der Bergfahrt geriet das den Verkehr mit dem Feldberg vermittelnde Personenauto infolge übermäßiger Belastung...

Strandlegen. Die holländische Küste meldeben, erfreuten sich die Bewohner der Zeewäschers Küste in den letzten Wintermonaten eines großen „Strandsegens“.

Ein Paar neue Mädchenstief. Größe 37, ein Paar Halbschuhe ohne Spang, Gr. 37, zu verkaufen.

Unerlaubter Straßenhandel.

Wiesbach ist beobachtet worden, daß Kinder unter vierzehn Jahren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und anderen öffentlichen Orten (Wirtschaften) Blumen, Zeitungen und andere Gegenstände feilbieten.

Lübeck, den 10. Juni 1919. Das Polizeiamt.

Öffentliche Ausschreibung.

Die Ausführung der Erd-, Beton- und Eisenbetonarbeiten für den Bau einer 25 m breiten Straßenbrücke in der Straßendorfer Allee zwecks Unerfüllung der zweigleisigen Hafenerbindungsbahn soll öffentlich vergeben werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum 20. Juni 1919 vormittags 11 Uhr einzuliefern, zu welcher Zeit die Eröffnung im Gegenwart der erschienenen Meister stattfindet.

Zuschlagsfrist 4 Wochen. Lübeck, den 4. Juni 1919. Wasserbauamt I.

Verordnung.

Die Vorschriften, wonach beim Verkauf von Obst und Gemüse die Preise an den feilgebotenen Waren angebracht werden müssen, wird hiermit in Erinnerung gebracht mit dem Hinweis, daß Zuwiderhandlungen unmissverständlich zur Verurteilung angezeigt werden.

Lübeck, den 16. Juni 1919. Das Landesverwaltungsamt.

Verordnung.

Über den Anhang von Preisen beim Verkauf von Gemüse und Obst. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 24. Juni 1915 (Reichsgesetzl. S. 333) in Verbindung mit § 73 der Reichsgewerbeordnung verordnet das Polizeiamt:

Die Verkäufer von Obst und Gemüse haben während der Verkaufszeit die Preise für die von ihnen feilgebotenen Waren in deutlich lesbaren Schrift an der Ware selbst oder an den Behältnissen, in denen sie feilgeboten wird, darauf anzubringen, das kein Zweifel darüber bestehen kann, auf welche Ware sich der betreffende Preis bezieht.

Diese Vorschriften haben auch auf diejenige Ware Anwendung, die in den Schaufenstern oder sonstigen Auslagen ausgestellt ist. Wer vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt oder wer die angeordneten Preise überschreitet, wird, soweit nicht wegen Höchstpreisüberschreitung eine höhere Strafe verurteilt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft.

Lübeck, den 14. August 1917. Das Polizeiamt.

Beim Ableben meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sind uns von allen Seiten so viele Beileidsbezeugungen zuteil geworden, dass es uns unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken. Wir nehmen daher Veranlassung, auf diesem Wege allen denen, die uns ihre Anteilnahmen erwiesen, unsern herzlichsten Dank abzustatten.

Lisa Cadow geb. Westphal nebst Kindern. 3447

Schuhmachergejellen stellt ein Langer Lohberg 31.

Restaurat zu sofort oder später zu pachten gesucht. Ang. u. L Sch 5 an die Exped. d. Bl. (3413)

Mohng., Schlafstube, Küche u. Chaiselongue. Biedergrube 61. (3414)

1 Klappsporthwagen m. Gummi zu verkaufen. (3455) Glöckstr. 11a, III.

1 P. w. Kinderst. 27, 1 Schm. Damenhut, 1 w. Kinderhut, 1 Leib. Bluse Gr. 44 zu verk. (3436) Sadowstr. 25, II.

Zu verk. 1 alt. Sofa, Sofatisch, Nähtisch, Aquarientisch (eiche), 1 Unterbett. Wakenhjm. 146. (3422)

Zu verk. farbige seid. Blusen, schwarzer Rock, Strohhut und Album mit Ständer. (3420) Samiatr. 23, part.

Zu verkaufen ein Paar fast neue Schuhtiefel. Größe 46. (3451) Wickenstr. 28, II.

Zu kaufen gesucht hell. Klappsporthwagen mit Verdeck. (3453) Briesigstraße 10.

Am 1. Pfingsttag nachmittags 11 von meinem Hause nach meiner Kenntnis eine graue Decke verloren gegangen. Der ehrsüchtige Finder wird gebeten, sie gegen Belohnung wieder abzugeben. Auch habe ich eine junge Hündin zu verkaufen. (3454) Fritz-Wiggers, Steeres, Dorfstr. 35

Danksagung. Für bewiesene Teilnahme und reiche Kranzsende, sowie besonders Herrn Pastor Gores für seine tröstlichen Worte am Sarge meines lieben Sohnes danken herzlich.

Johs. Kleve nebst Frau und allen Angehörigen. Schötenpstr. 35. (3455)

Neu eingetroffen sind: Reuters Werke mit viel Illustration. 11 Mk. Schillers Werke mit viel Illustration. 11 Mk. Goethes Werke mit viel Illustration. 11 Mk. Hauffs Werke mit viel Illustration. 11 Mk. Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

An der Spitze steht



Ergänzungswahl

Bauern- u. Landarbeiterrat

für die Stadt- und Vorstadt-Bezirke. Bezirk östlich der Trave: Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Markthallenrestaurant Mengstraße.

Bezirk westlich der Trave: Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr, im Restaurant „Zu den drei Ringen, Hansstraße 3.

Maggebend für den Bezirk ist der Wohnort des Arbeitnehmers. Es sind in jedem Bezirk 6 Arbeitnehmer zu wählen. Die Vorschläge macht die Versammlung. Zur Wahl berechtigt und wählbar ist jeder in der Landwirtschaft und Gärtnerei (mit Ausschluß der gewerblichen Gärtnerei) tätige Arbeitnehmer, Mann oder Frau (über 20 Jahre alt). Als Ausweis dient eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung, zu deren Ausstellung der Arbeitgeber hierdurch verpflichtet wird.

Die Landwirtschaftskammer für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck.